

Terror & Krieg



11. September .2001: Ein Linienflugzeug durchschlägt den zweiten Turms



Zerstörungen in Kabul nach der ersten Angriffswelle

Analysen, Berichte, Kommentare zur
US-Kampagne gegen den „Terrorismus“

Inhalt

Erklärung des International Action Center, New York vom 12.9.2001	3
Terror ist nur ein Symptom Von Arundhati Roy	4
So dünn also ist die Glasur der Zivilisation Günter Gaus	8
Gotteskrieger der CIA Osama bin Laden und die Politik der US-amerikanischen Geheimdienste in Zentralasien. Von Michel Chossudovsky (*), junge Welt v. 21.09.2001	9
Kreuzzug gegen den Terrorismus? Oberstleutnant Jürgen Rose	12
Kein Recht zum Krieg Für einen US-Angriff auf Afghanistan gibt es keine juristische Grundlage.	16
Kein Beweis, sondern Kriegsvorwand Chris Marsden / Barry Grey	18
Ursachen, Verlauf und Perspektive des Afghanistan-Konfliktes Dr. Matin Baraki	21
Kriegspropaganda – Lügen für den Sieg (DER SPIEGEL)	27
Kriegsberichterstattung – “Das ist Propaganda” (DER SPIEGEL)	28
Wir werden lügen Der Informationskrieg der Vereinigten Staaten gegen Afghanistan ist in der Phase der Mobilmachung (Frankfurter Rundschau)	30
Schill und Schily Hand in Hand	31
»Es ist den Preis wert« Edward S. Herman	32
Der Preis der Lüge – oder: Die Schatten der Geschichte Gabriele Gillen, WDR	33

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Infos und Kontakt:

Friedensladen im Eine Welt Zentrum

Karlstor1 • 69117 Heidelberg

Tel.: 06221/978927, Fax: 978931

Erklärung des *International Action Center*, New York vom 12.9.2001

Diese Erklärung wurde von New York City aus verfaßt. Jeder hier ist von den Ereignisse am Dienstag zutiefst betroffen worden. Das International Action Center bekundet seine herzliche Anteilnahme allen, die liebe Angehörige verloren haben, wie auch den Tausenden von Arbeitern, die heute im unteren Manhattan waren.

Während in diesem Augenblick Tausende von Familien um Tod und Wunden ihrer Lieben trauern, ist die Bush- Regierung schon dabei, aus den tragischen menschlichen Verlusten ihren Vorteil zu schlagen, um die Kräfte der Repression aufzurüsten und gleichzeitig den Kriegskurs des Pentagon, besonders im Nahen Osten, zu intensivieren.

Arabische und muslimische Menschen in den Vereinigten Staaten berichten, daß sie in ihren Wohngemeinden, am Arbeitsplatz und in Moscheen rassistischen Belästigungen ausgesetzt sind. Der anti-arabische Rassismus ist ein Gift, das entschieden zurückgewiesen werden sollte. Wir rufen alle dem Rassismus Widerstand leistenden Menschen dazu auf, mit der arabisch-amerikanischen Gemeinde angesichts dieser reaktionären Raserei Schulter an Schulter zu stehen.

Nach der Bombardierung des Bundesgebäudes in Oklahoma City 1995 waren die US-Regierung und die Medien schnell bei der Hand, über die Verantwortung arabischer und muslimischer Organisationen zu spekulieren; tatsächlich war, wie jeder weiß, der rechtsextreme Armeeveteran Timothy McVeigh dafür verantwortlich zu machen.

Das International Action Center beschwört alle Kriegsgegner und fortschrittlichen Menschen, äußerst wachsam zu sein im Widerstand gegen die Pläne der Bush- Regierung und des Pentagon, diese Krise als Sprungbrett für eine neue Runde der Aggression gegen die Dritte Welt, insbesondere gegen die Menschen des Nahen Ostens, auszunutzen.

Im August 1998 richtete das Pentagon mörderische Cruise-Missile-Luftschläge gegen eine pharmazeutische Fabrik im Sudan ohne irgendwelche Beweise, angeblich zur Vergeltung für die Bombardierung der US-Botschaft in Kenia. Die Cruise Missiles zerstörten die Al Shifa Arzneimittelfabrik, die den Großteil des Sudan mit Medikamenten versorgte. Tausende afrikanische Menschen gingen als direkte Folge der Bombardierungen des Pentagon zugrunde. Präsident Ronald Reagan befahl die Invasion in Grenada in der Karibik, kurz nachdem eine Lastwagenbombe in der Nähe eines US-Marinestützpunktes im Libanon 1983 explodierte. Unter Bush senior wurden 2 000 Einwohner Panamas mitten in der

Weihnachtsnacht 1989 unter dem Vorwand des Krieges gegen Drogen getötet. Wegen einer Explosion in einer Diskothek in Deutschland 1986, für die zunächst auf Syrien, Iran und einige palästinensische Organisationen gezeigt wurde, bombardierten US- Flugzeuge Tripoli und Benghazi in Libyen. Hunderte von Zivilpersonen, darunter Kinder, starben im Schlaf, als die US-Luftwaffe diesen heimtückischen nächtlichen Überfall ausführte.

Wir bitten Aktivisten und Menschen dieses Landes, sich für Proteste gegen neue Pentagon-Aggressionsakte im bevorstehenden Zeitabschnitt bereit zu halten. Die Bush-Regierung will die gegenwärtige Krise ausnutzen, um eine weitere Erhöhung des Kriegshaushalts des Pentagon zu rechtfertigen, und zwar zu Lasten der Mittel für Wohnung, Erziehung, Gesundheit, Arbeitsbeschaffung und andere menschliche Bedürfnisse.

Landesweit riegeln nun Militär, FBI und örtliche Polizei weite städtische Gebiete ab, blockieren Brücken, Tunnel und Straßen und mobilisieren eine massive Präsenz von Polizei und Nationalgarde. All dies zeigt ein fortgeschrittenes Stadium der Planung für innenpolitische Repression, die gegen fortschrittliche Bewegungen und Arbeitskämpfe sowie gegen die Bevölkerung der Schwarzen, Latinos, Asiaten, Araber und andere unterdrückte Gemeinschaften eingesetzt werden kann.

Um so mehr besteht Grund zum Widerstand gegen die derzeitigen Anstrengungen, unter dem Deckmantel der laufenden Krise die polizeilichen Maßnahmen zu verschärfen.

Die Menschen von New York City und des ganzen Landes dürfen der Bush-Regierung und dem Pentagon nicht gestatten, mit den echten Gefühlen des Schocks und Zweifels ihr Spiel zu treiben, um reaktionäres Verhalten aufzustacheln und die Kräfte der Repression zu stärken. Damit ist nicht den arbeitenden und unterdrückten Menschen dieses Landes oder irgendeines Landes geholfen.

Die einzige Antwort auf die Ereignisse besteht darin, den Familien und Freunden derer, die im World Trade Center und Pentagon zugrunde gingen oder verwundet wurden, Solidarität zu erweisen, globale Solidarität mit Menschen zu schaffen, die weltweit gegen Krieg, Armut und Ausbeutung kämpfen, und die Bewegung des Protestes gegen neue Aggressionsakte des Pentagon zu vertiefen.

Internet: www.iacenter.org

(Übersetzung: Klaus von Raussendorff)

Terror ist nur ein Symptom

Von Arundhati Roy (FAZ 28.09.2001)

Nach den skrupellosen Selbstmordanschlägen auf das Pentagon und das World Trade Center erklärte ein amerikanischer Nachrichtensprecher: "Selten zeigen sich Gut und Böse so deutlich wie am letzten Dienstag. Leute, die wir nicht kennen, haben Leute, die wir kennen, hingemetzelt. Und sie haben es voller Verachtung und Schadenfreude getan." Dann brach der Mann in Tränen aus.

Hier haben wir das Problem: Amerika führt einen Krieg gegen Leute, die es nicht kennt (weil sie nicht oft im Fernsehen zu sehen sind). Noch bevor die amerikanische Regierung den Feind richtig identifiziert, geschweige denn angefangen hat, sein Denken zu verstehen, hat sie, mit großem Tamtam und peinlicher Rhetorik, eine "internationale Allianz gegen den Terror" zusammengeschustert, die Streitkräfte und die Medien mobilisiert und auf den Kampf eingeschworen. Allerdings wird Amerika, sobald es in den Krieg gezogen ist, kaum zurückkehren können, ohne eine Schlacht geschlagen zu haben. Wenn es den Feind nicht findet, wird es, der aufgebracht Bevölkerung daheim zuliebe, einen Feind konstruieren müssen. Kriege entwickeln ihre eigene Dynamik, Logik und Begründung, und wir werden auch diesmal aus dem Blick verlieren, warum er überhaupt geführt wird.

Wir erleben hier, wie das mächtigste Land der Welt in seiner Wut reflexartig nach einem alten Instinkt greift, um einen neuartigen Krieg zu führen. Nun, da Amerika sich selbst verteidigen muß, sehen die schnittigen Kriegsschiffe, die Cruise Missiles und F-16-Kampffjets auf einmal ziemlich alt und schwerfällig aus. Amerikas nukleares Arsenal taugt nicht zur Abschreckung. Teppichklingen, Taschenmesser und kalte Wut sind die Waffen, mit denen die Kriege des neuen Jahrhunderts geführt werden. Wut ist der Schlüssel. Ihn bekommt man unbemerkt durch den Zoll, durch jede Gepäckkontrolle.

Gegen wen kämpft Amerika? In seiner Rede vor dem Kongreß bezeichnete Präsident Bush die Feinde Amerikas als "Feinde der Freiheit". "Die Bürger Amerikas fragen, warum sie uns hassen", sagte er. "Sie hassen unsere Freiheiten - unsere Religionsfreiheit, unsere Redefreiheit, unsere Freiheit zu wählen, uns zu versammeln und nicht immer einer Meinung zu sein." Zweierlei wird uns abverlangt. Zum einen sollen wir glauben, daß der Feind der ist, der von dieser Regierung als Feind deklariert wird, obwohl sie keine konkreten Beweise vorlegen kann. Und zum anderen sollen wir glauben, daß die Motive des Feindes genau so aussehen, wie sie von der

Regierung dargestellt werden, obwohl es auch dafür keine Beweise gibt.

Aus strategischen, militärischen und ökonomischen Gründen muß die amerikanische Öffentlichkeit unbedingt davon überzeugt werden, daß Freiheit und Demokratie und der American way of life bedroht sind. In der gegenwärtigen Atmosphäre von Trauer, Empörung und Wut ist derlei leicht zu vermitteln. Wenn das tatsächlich stimmt, stellt sich jedoch die Frage, warum die Anschläge den Symbolen der wirtschaftlichen und militärischen Macht Amerikas galten. Warum nicht der Freiheitsstatue? Könnte es sein, daß die finstere Wut, die zu den Anschlägen führte, nichts mit Freiheit und Demokratie zu tun hat, sondern damit, daß amerikanische Regierungen genau das Gegenteil unterstützt haben - militärischen und wirtschaftlichen Terrorismus, Konterrevolution, Militärdiktaturen, religiöse Bigotterie und unvorstellbaren Genozid (außerhalb Amerikas)?

Für die trauernden Amerikaner ist es gewiß schwer, mit Tränen in den Augen auf die Welt zu schauen und eine Haltung zu bemerken, die ihnen vielleicht als Gleichgültigkeit erscheint. Doch es handelt sich nicht um Gleichgültigkeit. Es ist eine Ahnung, ein Nicht-Überraschtsein. Es ist eine alte Erkenntnis, daß jede Saat irgendwann auch aufgeht. Die Amerikaner sollten wissen, daß der Haß nicht ihnen gilt, sondern der Politik ihrer Regierung. Ihnen kann unmöglich entgangen sein, daß ihre außergewöhnlichen Musiker, ihre Schriftsteller, Schauspieler, ihre phänomenalen Sportler und ihre Filme überall auf der Welt beliebt sind. Wir alle waren bewegt von dem Mut und der Würde der Feuerwehrleute, der Rettungskräfte und der gewöhnlichen Büroangestellten in den Tagen und Wochen nach den Anschlägen.

Amerikas Trauer ist immens und immens öffentlich. Es wäre grotesk, von den Amerikanern zu erwarten, daß sie ihren Schmerz relativieren oder mäßigen. Aber es wäre schade, wenn sie, statt zu versuchen, die Ereignisse des 11. September zu begreifen, das Mitgefühl der gesamten Welt beanspruchten und nur die eigenen Toten rächen wollten. Denn dann wäre es an uns, unangenehme Fragen zu stellen und harte Worte zu sagen. Und weil wir zu einem unpassenden Zeitpunkt von unseren Schmerzen sprechen, wird man uns tadeln, ignorieren und am Ende vielleicht zum Schweigen bringen. Doch die Zeichen stehen auf Krieg. Was gesagt werden muß, sollte rasch gesagt werden.

Bevor Amerika das Steuer der "internationalen Allianz gegen den Terror" übernimmt, bevor es andere

Länder auffordert (und zwingt), sich an seiner nachgerade göttlichen Mission - der ursprüngliche Name der Operation lautete "Grenzenlose Gerechtigkeit" - aktiv zu beteiligen, sollten vielleicht ein paar Dinge geklärt werden. Führt Amerika Krieg gegen den Terror in Amerika oder gegen den Terror ganz allgemein? Was genau wird gerächt? Der tragische Verlust von fast siebentausend Menschenleben, die Vernichtung von vierhundertfünfzigtausend Quadratmetern Bürofläche in Manhattan, die Zerstörung eines Flügels des Pentagon, der Verlust von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen, der Bankrott einiger Fluggesellschaften und der Absturz der New Yorker Börse? Oder geht es um mehr?

Als Madeleine Albright, die ehemalige Außenministerin der Vereinigten Staaten, im Jahr 1996 gefragt wurde, was sie dazu sage, daß 500 000 irakische Kinder infolge des amerikanischen Wirtschaftsembargos gestorben seien, sprach sie von einer sehr schweren Entscheidung, doch der Preis sei, alles in allem, nicht zu hoch gewesen. Die Sanktionen gegen den Irak sind übrigens noch immer in Kraft, und noch immer sterben Kinder. Genau darum geht es: um die willkürliche Unterscheidung zwischen Zivilisation und Barbarei, zwischen "Ermordung unschuldiger Menschen" oder "Krieg der Kulturen" und "Kollateralschäden". Die Sophisterei und eigenwillige Algebra grenzenloser Gerechtigkeit: Wie viele tote Iraker sind notwendig, damit es besser zugeht auf der Welt? Wie viele tote Afghanen für jeden toten Amerikaner? Wie viele tote Frauen und Kinder für einen toten Mann? Wie viele tote Mudschahedin für einen toten Investmentbanker?

Eine Koalition der Supermächte der Welt schließt nun einen Ring um Afghanistan, eines der ärmsten und am stärksten verwüsteten Länder der Welt, dessen Taliban-Regierung Usama Bin Ladin Unterschlupf gewährt. Das einzige, was in Afghanistan überhaupt noch zerstört werden könnte, sind die Menschen. (Darunter eine halbe Million verkrüppelte Waisenkinder. Es wird berichtet, daß es zu wildem Gedrängel der Humpelnden kommt, wenn über entlegenen, unzugänglichen Dörfern Prothesen abgeworfen werden.) Die afghanische Wirtschaft ist ruiniert. Aus Bauernhöfen sind Massengräber geworden. Das Land ist übersät mit Landminen - nach jüngsten Schätzungen zehn Millionen. Eine Million Menschen sind aus Furcht vor einem amerikanischen Angriff zur pakistanischen Grenze geflohen. Es gibt keine Nahrungsmittel mehr, Hilfsorganisationen mußten das Land verlassen, und nach Berichten der BBC steht eine der schlimmsten humanitären Katastrophen der jüngsten Zeit bevor.

An der heutigen Lage in Afghanistan war Amerika übrigens in nicht geringem Maße beteiligt (falls das ein Trost ist). Im Jahr 1979, nach der sowjetischen Invasion, begannen die CIA und der pakistanische Militärgesamtdienst ISI die größte verdeckte Ope-

ration in der Geschichte der CIA. Beabsichtigt war, den afghanischen Widerstand zu steuern und das islamische Element so weit zu stärken, daß sich die muslimischen Sowjetrepubliken gegen das kommunistische Regime erheben und es am Ende destabilisieren würden. Diese Operation sollte das Vietnam der Sowjetunion sein. Im Laufe der Jahre rekrutierte und unterstützte die CIA fast 100 000 radikale Mudschahedin aus vierzig islamischen Ländern für den amerikanischen Stellvertreterkrieg. Diese Leute wußten nicht, daß sie ihren Dschihad für Uncle Sam führten. (Welche Ironie, daß die Amerikaner ebensowenig wußten, daß sie ihre späteren Feinde finanzierten!)

Nach zehn Jahren erbitterten Kampfes zogen sich die Russen 1989 zurück und hinterließen ein verwüstetes Land. Der Bürgerkrieg in Afghanistan tobte weiter. Der Dschihad griff über nach Tschetschenien, in das Kosovo und schließlich nach Kaschmir. Die CIA lieferte weiterhin Geld und Waffen, doch die laufenden Kosten waren so enorm, daß immer mehr Geld benötigt wurde. Auf Befehl der Mudschahedin mußten die Bauern Opium (als "Revolutionssteuer") anbauen. Der ISI richtete in Afghanistan Hunderte von Heroinlabors ein, und zwei Jahre nach dem Eintreffen der CIA war das pakistanisch-afghanistische Grenzgebiet der weltweit größte Heroinproduzent geworden. Die jährlichen Gewinne, zwischen einhundert und zweihundert Milliarden Dollar, flossen zurück in die Ausbildung und Bewaffnung von Militanten.

Im Jahr 1995 kämpften sich die Taliban, seinerzeit eine marginale Sekte von gefährlichen Fundamentalisten, in Afghanistan an die Macht. Finanziert wurden sie vom ISI, dem alten Freund der CIA, und sie genossen die Unterstützung vieler Parteien in Pakistan. Die Taliban errichteten ein Terrorregime, dessen erstes Opfer die eigene Bevölkerung war, vor allem Frauen. Angesichts der Menschenrechtsverletzungen der Taliban spricht wenig dafür, daß sich das Regime durch Kriegsdrohungen einschüchtern ließe oder einlenken wird, um die Gefahr für die Zivilbevölkerung abzuwenden. Kann es nach allem, was passiert ist, etwas Ironischeres geben, als daß Rußland und Amerika mit vereinten Kräften daran gehen wollen, Afghanistan abermals zu zerstören?

Auch Pakistan, Amerikas treuer Verbündeter, hat enorm gelitten. Die amerikanischen Regierungen haben noch stets Militärdiktatoren unterstützt, die kein Interesse an demokratischen Verhältnissen im Land hatten. Vor dem Auftauchen der CIA gab es einen kleinen ländlichen Markt für Opium. Zwischen 1979 und 1985 stieg die Zahl der Heroinsüchtigen von Null auf anderthalb Millionen an. In Zeltlagern entlang der Grenze leben drei Millionen afghanische Flüchtlinge. Die pakistanische Wirtschaft liegt darnieder. Gewaltsame soziale Konflikte, globalisierungsbedingte Transformationsprozesse

und Drogenbosse zerreißen das Land. Die Madrasas und Ausbildungslager für Terroristen, ursprünglich eingerichtet zum Kampf gegen die Sowjets, brachten Fundamentalisten hervor, die in Pakistan großen Rückhalt haben. Die Taliban, von der pakistanischen Regierung seit Jahren unterstützt und finanziert, haben in den pakistanischen Parteien materielle und strategische Verbündete. Auf einmal bittet (bittet?) Amerika die pakistanische Regierung, den Schoßhund, den es in seinem Hinterhof jahrelang großgezogen hat, abzustecken. Präsident Musharraf, der den Amerikanern Unterstützung versprochen hat, könnte sich bald mit einer bürgerkriegsähnlichen Situation konfrontiert sehen.

Indien kann von Glück reden, daß es, dank seiner geographischen Lage und der Weitsicht früherer Politiker, bislang nicht in dieses Great Game hineingezogen wurde. Unsere Demokratie hätte das höchstwahrscheinlich nicht überlebt. Heute müssen wir entsetzt mit ansehen, wie die indische Regierung die Amerikaner inständig darum bittet, ihre Operationsbasis in Indien statt in Pakistan zu errichten. Jedes Land der Dritten Welt mit einer schwachen Wirtschaft und einem unruhigen sozialen Fundament müßte wissen, daß eine Einladung an eine Supermacht wie die Vereinigten Staaten (ganz gleich, ob die Amerikaner für länger bleiben oder nur kurz vorbeischaun wollen) fast so ist, als würde ein Autofahrer darum bitten, ihm einen Stein in die Windschutzscheibe zu werfen.

In dem Medienspektakel nach dem 11. September hielt es keiner der großen Fernsehsender für nötig, ein Wort über die Geschichte des amerikanischen Engagements in Afghanistan zu verlieren. Für all jene, die von diesen Dingen nichts wissen, hätte die Berichterstattung über die Anschläge informativ und aufrüttelnd sein können, wenn Zyniker sie vielleicht auch übertrieben gefunden hätten. Für uns aber, die wir die jüngste Geschichte Afghanistans kennen, sind die amerikanische Berichterstattung und das Gerede von der "internationalen Allianz gegen den Terror" einfach eine Beleidigung. Amerikas "freie Presse" ist dafür genauso verantwortlich wie der "freie Markt".

Die bevorstehende Operation wird angeblich zur Aufrechterhaltung amerikanischer Werte durchgeführt. Doch sie wird noch mehr Zorn und Angst in der ganzen Welt erzeugen, und am Ende dürften diese Werte völlig diskreditiert sein. Für die gewöhnlichen Amerikaner bedeutet das, daß sie in einem Klima schrecklicher Ungewißheit leben werden. Schon warnt CNN vor der Möglichkeit eines biologischen Krieges (Pocken, Beulenpest, Milzbrand), der mit harmlosen Sprühflugzeugen geführt werden kann.

Die Regierung Amerikas, und wohl Regierungen überall auf der Welt, werden die Kriegsatmosphäre

als Vorwand benutzen, um Meinungsfreiheit und andere Bürgerrechte einzuschränken, Arbeiter zu entlassen, ethnische und religiöse Minderheiten zu schikanieren, Haushaltseinsparungen vorzunehmen und viel Geld in die Militärindustrie zu stecken. Und wozu? Präsident Bush kann die Welt ebenso wenig "von Übeltätern befreien", wie er sie mit Heiligen bevölkern kann. Es ist absurd, wenn die US-Regierung auch nur mit dem Gedanken spielt, der Terrorismus ließe sich mit noch mehr Gewalt und Unterdrückung ausmerzen. Der Terrorismus ist ein Symptom, nicht die Krankheit. Der Terrorismus ist in keinem Land zu Hause. Er ist ein supranationales, weltweit tätiges Unternehmen wie Coke oder Pepsi oder Nike. Beim geringsten Anzeichen von Schwierigkeiten brechen Terroristen die Zelte ab und ziehen, genau wie die Multis, auf der Suche nach besseren Möglichkeiten mit ihren "Fabriken" von Land zu Land.

Der Terrorismus als Phänomen wird wohl nie verschwinden. Will man ihm aber Einhalt gebieten, muß Amerika zunächst einmal erkennen, daß es nicht allein auf der Welt ist, sondern zusammen mit anderen Nationen, mit anderen Menschen, die, auch wenn sie nicht im Fernsehen gezeigt werden, lieben und trauern und Geschichten und Lieder und Kummer haben und weiß Gott auch Rechte. Doch als der Verteidigungsminister Donald Rumsfeld gefragt wurde, was er als einen Sieg im neuen amerikanischen Krieg bezeichnen würde, meinte er, ein Sieg wäre, wenn er die Welt davon überzeugen könne, daß es den Amerikanern möglich sein müsse, an ihrem way of life festzuhalten.

Die Anschläge vom 11. September waren die monströse Visitenkarte einer aus den Fugen geratenen Welt. Die Botschaft könnte, wer weiß, von Usama Bin Ladin stammen und von seinen Kurieren übermittelt worden sein, aber sie könnte durchaus unterzeichnet sein von den Geistern der Opfer von Amerikas alten Kriegen.

Die Millionen Toten in Korea, Vietnam und Kambodscha, die 17 500 Toten, als Israel (mit Unterstützung Amerikas) 1982 im Libanon einmarschierte, die 200 000 Iraker, die bei der Operation Wüstensturm starben, die Tausenden Palästinenser, die im Kampf gegen die israelische Besetzung des Westjordanlands den Tod fanden. Und die Millionen, die in Jugoslawien, Somalia, Haiti, Chile, Nicaragua, El Salvador, Panama, in der Dominikanischen Republik starben, ermordet von all den Terroristen, Diktatoren und Massenmördern, die amerikanische Regierungen unterstützt, ausgebildet, finanziert und mit Waffen versorgt haben. Und diese Aufzählung ist keineswegs vollständig. Für ein Land, das an so vielen Kriegen und Konflikten beteiligt war, hat Amerika außerordentlich viel Glück gehabt. Die Anschläge vom 11. September waren erst der zweite Angriff auf amerikanischem Territorium innerhalb

eines Jahrhunderts. Der erste war Pearl Harbor. Die Revanche dafür endete, nach einem langen Umweg, mit Hiroshima und Nagasaki. Heute wartet die Welt mit angehaltenem Atem auf den Schrecken, der uns bevorsteht.

Unlängst sagte jemand, daß, wenn es Usama Bin Ladin nicht gäbe, die Amerikaner ihn erfinden müßten. In gewissem Sinne haben sie ihn tatsächlich erfunden. Er gehörte zu den Kämpfern, die 1979 nach Afghanistan gingen, als die CIA mit den Operationen begann. Usama Bin Ladin zeichnet sich dadurch aus, daß er von der CIA hervorgebracht wurde und vom FBI gesucht wird. Binnen zweier Wochen avancierte er vom Verdächtigen zum Hauptverdächtigen, und inzwischen will man ihn, trotz des Mangels an Beweisen, "tot oder lebendig" haben.

Nach allem, was über seinen Aufenthaltsort bekannt ist, könnte es durchaus möglich sein, daß er die Anschläge nicht persönlich geplant hat und an der Ausführung auch nicht beteiligt war - daß er vielmehr der führende Kopf ist, der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens. Die Reaktion der Taliban auf die amerikanische Forderung, Bin Ladin auszuliefern, war ungewöhnlich realistisch: Legt Beweise vor, dann händigen wir ihn euch aus. Präsident Bush erklärte seine Forderung für nicht verhandelbar. (Da gerade über die Auslieferung von Vorstandsvorsitzenden gesprochen wird - dürfte Indien ganz nebenbei um die Auslieferung von Warren Anderson bitten? Der Mann war als Chef von Union Carbide verantwortlich für die Katastrophe von Bhopal, bei der sechzehntausend Menschen umkamen. Wir haben die nötigen Beweise zusammengetragen, alle Dokumente liegen vor. Also gebt ihn uns bitte!)

Wer ist Usama Bin Ladin aber wirklich? Ich möchte es anders formulieren: Was ist Usama Bin Ladin? Er ist das amerikanische Familiengeheimnis. Er ist der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten. Der brutale Zwilling alles angeblich Schönen und Zivilisierten. Er ist aus der Rippe einer Welt gemacht, die durch die amerikanische Außenpolitik verwüstet wurde, durch ihre Kanonenbootdiplomatie, ihr Atomwaffenarsenal, ihre unbekümmerte Politik der unumschränkten Vorherrschaft,

ihre kühle Mißachtung aller nichtamerikanischen Menschenleben, ihre barbarischen Militärinterventionen, ihre Unterstützung für despotische und diktatorische Regimes, ihre wirtschaftlichen Bestrebungen, die sich gnadenlos wie ein Heuschreckenschwarm durch die Wirtschaft armer Länder gefressen haben. Ihre marodierenden Multis, die sich die Luft aneignen, die wir einatmen, die Erde, auf der wir stehen, das Wasser, das wir trinken, unsere Gedanken.

Nun, da das Familiengeheimnis gelüftet ist, werden die Zwillinge allmählich eins und sogar austauschbar. Ihre Gewehre und Bomben, ihr Geld und ihre Drogen haben sich eine Zeitlang im Kreis bewegt. (Die Stinger-Raketen, die die amerikanischen Hubschrauber begrüßen werden, wurden von der CIA geliefert. Das Heroin, das von amerikanischen Rauschgiftsüchtigen verwendet wird, stammt aus Afghanistan. Die Regierung Bush ließ der afghanischen Regierung unlängst 43 Millionen Dollar zur Drogenbekämpfung zukommen.) Inzwischen werden sich die beiden auch in der Sprache immer ähnlicher. Jeder bezeichnet den anderen als "Kopf der Schlange". Beide berufen sich auf Gott und greifen gern auf die Erlösungsrhetorik von Gut und Böse zurück. Beide sind in eindeutige politische Verbrechen verstrickt. Beide sind gefährlich bewaffnet - der eine mit dem nuklearen Arsenal des obszönen Mächtigen, der andere mit der glühenden, zerstörerischen Macht des absolut Hoffnungslosen. Feuerball und Eispickel. Keule und Axt. Man sollte nur nicht vergessen, daß der eine so wenig akzeptabel ist wie der andere.

Präsident Bushs Ultimatum an die Völker der Welt - "Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für die Terroristen" - offenbart eine unglaubliche Arroganz. Kein Volk will diese Wahl treffen, kein Volk braucht diese Wahl zu treffen und keines sollte gezwungen werden, sie zu treffen.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.09.2001, Nr. 226 / Seite 49

© Frankfurter Allgemeine Zeitung 2001

So dünn also ist die Glasur der Zivilisation

Günter Gaus (FREITAG 21.9.2001)

Wir haben Günter Gaus, ehemals ständiger Vertreter der BRD in der DDR, um einen Kommentar zu den Reaktionen auf die Terroranschläge in den USA gebeten. Gaus, der derzeit in einem Arbeitsurlaub an einem Buch über seine Erinnerungen schreibt, hat uns eine Tagebuch-Eintragung zur Verfügung gestellt. Es folgt der Text.

Aus meinem Tagebuch vom 15. September 2001: Im österreichischen Ferienquartier sehen wir den amerikanischen Präsidenten im Fernsehen, als er »das Böse« aus der Welt zu schaffen ankündigt und verspricht. Wäre es doch allein der prahlerische Jargon eines Demagogen gewesen. Aber George W. Bush sprach spürbar als der allerchristlichste Staatenlenker, der an der Spitze einer herkömmlich frömmelnden Nation gottgefällig sein will. Der so gläubig wie routiniert vorgetragene Anspruch, das Böse, das die imperiale Macht selbstherrlich nicht als einen Feind, sondern als das Böse schlechthin ausgemacht hat, in der Welt zu tilgen - diese Anspruch ist hybrider noch als jeder Turmbau zu Babel. Religiöse Aufwallungen als Ausdruck politischen Selbstbewusstseins gibt es in den USA öfter; mit öffentlichen Gebeten sind die Politiker schnell bei der Hand. Aber diesmal triumphiert das Alte Testament vorbehaltlos über das Neue.

Man muss nicht gläubig sein, um tief zu erschrecken vor der Sinnentleerung, vor dem selbstgerechten Niedertreten der christlichen Botschaft in Christis Namen. Auch der Atheist, der bei Sinnen geblieben ist nach dem Fall der Türme in New York, muss sich ängstigen bei dem zu Tage tretenden Abfall von der christlichen Gesittung: So dünn also ist die Glasur der Zivilisation. Selbst in den weithin laizistischen Staaten des Westens, und die USA verstehen sich nicht als einen solchen, gilt die christliche Moral als ein wesentlicher Bestandteil des westlichen Wertekanons. Sie diene zur Begründung der sittlichen Überlegenheit über den gottlosen Sozialismus; auch aus ihr wurde die Behauptung einer höheren Freiheit des Westens abgeleitet.

Nicht, dass ich den herrschenden und tonangebenden Kräften in meiner Welt darin gefolgt wäre. Aber das Unverhüllte an Präsident Bushs Preisgabe wesentlicher Gebote und Glaubenssätze der abendländischen Zivilisation ans Barbarische raubt auch einem Sceptiker den Atem. Nicht wirklich überrascht zu sein, ist kein Trost, nun es ernst wird und die Zeit der europäischen Witzeleien über den Texas-Ranger im Weißen Haus vorüber ist. Selbst wenn es überwiegend Gerede bleiben sollte, was Bush so sagt -

kennzeichnend ist, auf welchem Niveau gegebenenfalls der nationale Einklang der westlichen Führungsmacht, der Hüterin unserer höchsten Werte, hergestellt wird. Wir sind nicht besser: Aber wir sind schwächer. Das Böse werden Bush und seine ihn anscheinend treibenden Ratgeber nicht aus der Welt verbannen können, aber die Vernunft und ihre Maßstäbe haben sie vorerst in den Untergrund getrieben.

Der Terror ist nicht mit den Arabern in die Welt gekommen und auch nicht mit den Amerikanern, die ihn freilich auch schon ausgeübt haben: Mag sich über die Notwendigkeit, im August 1945 eine Atombombe auf Hiroshima zu werfen, diskutieren lassen, so war die zweite Atombombe, die auf Nagasaki, der blanke Terror. Im Blick auf den Nahen Osten wird man in Anlehnung an Clausewitz sagen können, dass der Krieg, zu dem Amerika sich jetzt rüstet - ohne schon zu wissen, wo es ihn führen soll -, die Fortsetzung der Nicht-Politik mit anderen Mitteln ist. Rache wird für lange Zeit die Raison d'être der einzig verbliebenen Weltmacht sein. Es ist zu verstehen; es ist das Nächstliegende; es ist am Ende das Selbstmörderische.

Und wie lieben wir Land und Leute in den USA, wo wir, rechnet man alle Aufenthalte in Jahrzehnten zusammen, weit über ein Jahr kreuz und quer gereist sind.

So, wie ich uns Deutsche kenne, werden wir hinter den USA nicht zurückstehen wollen. Wehe den Ausländern in Deutschland, die von südländischer Erscheinung sind oder gar eine hell- bis mittelbraune Hautfarbe haben - nicht nur, wenn sie, häufiger nun als bisher schon, unter die Stiefel deutscher Jünglinge geraten, sondern auch wenn sie der Polizei in die Hände fallen oder Behörden ausgeliefert sind. Die Annäherung der Berliner Republik an einen Polizeistaat wird alsbald in der Sprache der Politiker Züge des quasi Gottgewollten annehmen.

Meine Zukunftsängste rühren aus Erinnerungen her. Ende des Zitats aus meinem Tagebuch.

Gotteskrieger der CIA

Osama bin Laden und die Politik der US-amerikanischen Geheimdienste in Zentralasien.

Von Michel Chossudovsky (*), junge Welt v. 21.09.2001

Wenige Stunden nach den terroristischen Angriffen auf das World Trade Center und das Pentagon kam die US-Regierung von George W. Bush ohne Beweise zu der Schlußfolgerung, daß «Osama bin Laden und seine al-Qaeda-Organisation die Hauptverdächtigen» sind. CIA-Direktor George Tenet erklärte, daß bin Laden die Kapazitäten habe, «mehrfache Angriffe mit geringer oder keiner Vorwarnung» zu planen. Der ehemalige CIA-Direktor James Woolsey zeigte mit dem Finger auf «state sponsorship», womit eine Komplizenschaft von einem oder mehreren Staaten gemeint sein sollte. Der frühere Sicherheitsberater Lawrence Eagleburger findet die Worte: «Ich denke, wir werden ihnen zeigen, daß, wenn wir so angegriffen werden, wir in unserer Stärke und Vergeltung schrecklich sein werden.»

Inzwischen billigen die westlichen Trendmedien mit papageienhafter Wiederholung offizieller Erklärungen »Strafaktionen« gegen zivile Ziele im Mittleren Osten. So William Safire in der New York Times: »Wenn wir die Basen und Lager unserer Angreifer ausmachen, müssen wir sie - das Risiko von Kollateralschäden minimierend, aber hinnehmend - pulverisieren und offen und verdeckt handeln, um die nationalen Gastgeber des Terrors zu destabilisieren.«

Der nachfolgende Text zeichnet die Geschichte von Osama bin Laden nach und stellt eine Verbindung zwischen dem islamischen »Dschihad« und der Gestaltung der US-Außenpolitik während und nach dem Kalten Krieg her.

Der Hauptverdächtige bei den terroristischen Attacken in New York und Washington, der in Saudi-Arabien geborene Osama bin Laden, wurde während des sowjetisch-afghanischen Krieges rekrutiert, »ironischerweise unter der Schirmherrschaft des CIA, um die sowjetischen Invasoren zu bekämpfen.« (Hugh Davies in The Daily Telegraph, London, 24. August 1998)

Im Jahre 1979 erfolgte »die größte verdeckte Operation in der Geschichte des CIA« als Reaktion auf die sowjetische Invasion in Afghanistan zur Unterstützung der prokommunistischen Regierung von Babrak Kamal. »Mit aktiver Förderung durch den CIA und Pakistans ISI (Inter Services Intelligence), der den afghanischen Dschihad in einen globalen Krieg aller islamischen Staaten gegen die Sowjetunion verwandeln wollte, schlossen sich zwischen 1982 und 1992 etwa 35 000 radikale Muslime aus 40 islamischen Ländern dem afghanischen Kampf an. Ferner kamen

Zehntausende, um in pakistanischen Koranschulen zu studieren.« (Ahmed Rashid: The Taliban - Exporting Extremism, Foreign Affairs, November-December 1999)

Der islamische Dschihad wurde von den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien zu einem bedeutenden Teil mit den Fonds finanziert, die der Drogenhandel im Goldenen Halbmond abwarf. »Im März 1985 unterzeichnete Präsident Reagan die National Security Decision Directive 166,... (welche) ... stufenweise erhöhte verdeckte Militärhilfe an die Mudschaheddin vorsah, und klar machte, daß der geheime afghanische Krieg ein neues Ziel hatte: die sowjetischen Truppen in Afghanistan durch verdeckte Aktionen zu besiegen und einen sowjetischen Rückzug zu fördern. Die neue verdeckte US-Hilfe begann mit einer dramatischen Erhöhung der Waffenlieferungen - kontinuierlich bis auf 65 000 Tonnen im Jahre 1987 ansteigend - sowie mit einem unablässigen Strom von Spezialisten des CIA und des Pentagon, die zu den geheimen Hauptquartieren von Pakistans Inter Services Intelligence (ISI) in Pakistan reisten. Dort trafen die CIA-Spezialisten mit pakistanischen Geheimdienstoffizieren zusammen, um bei der Planung der Operationen für die afghanischen Rebellen zu helfen.« (Steve Coll, Washington Post, 19. Juli 1992)

Der CIA spielte unter Einschaltung von Pakistans militärischem Geheimdienst ISI bei der Ausbildung der Mudschaheddin eine Schlüsselrolle. Andererseits wurde die vom CIA geförderte Ausbildung im Guerillakampf in den islamischen Religionsunterricht integriert. »Beherrschende Themen waren, daß der Islam eine vollständige soziologisch-politische Ideologie sei, daß der heilige Islam durch die atheistischen sowjetischen Truppen verletzt sei, und daß das islamische Volk Afghanistans seine Unabhängigkeit durch den Sturz der von Moskau geförderten afghanischen Linksregierung wiederherstellen solle.« (Dilip Hiro, Inter Press Services, 21. November 1995)

Pakistans Geheimdienst

Pakistans ISI wurde als Mittler benutzt. Die Unterstützung des »Dschihad« erfolgte indirekt durch den ISI, d.h. der CIA leitete seine Hilfe nicht direkt an die Mudschaheddin. Mit anderen Worten: Washington war sehr darauf bedacht, nicht das letztendliche Ziel des »Dschihad« offenzulegen, das darin bestand, die Sowjetunion zu zerstören. Milton Beardman vom CIA formulierte: »Wir bildeten keine Araber aus.« Doch nach Aussage von Abdel Monam Saidali vom

Al-aram Center for Strategic Studies in Kairo versorgte man bin Laden und die »afghanischen Araber« »mit sehr hochentwickelten Formen von Ausbildung, die ihnen vom CIA zugänglich gemacht wurden«. (Eric Weiner, Ted Clark, Weekend Sunday, 16. August 1998) Beardman vom CIA bestätigte in diesem Zusammenhang, daß Osama bin Laden sich der Rolle, die er im Auftrag Washingtons spielte, nicht bewußt war. In den (von Beardman zitierten) Worten bin Ladens hieß dies: »Weder ich noch meine Brüder sahen Beweise für amerikanische Hilfe.«

Mit CIA-Unterstützung und US-Militärhilfe in gewaltigem Umfang entwickelte sich der ISI zu einer »Parallelstruktur mit enormer Macht über alle Aspekte der Regierung«. (Dipankar Banerjee: Possible Connection of ISI With Drug Industry, India Abroad, 2. Dezember 1994) Der ISI hatte einen aus militärischen und Geheimdienstoffizieren, Bürokraten, verdeckten Agenten und Informanten zusammengesetzten Personalbestand von schätzungsweise 150 000 Mann.

Inzwischen hatten CIA-Operationen auch das pakistanische Militärregime unter General Zia Ul Haq gestärkt. »Die Beziehungen zwischen CIA und ISI waren nach dem Sturz von Bhutto durch (General) Zia und der Errichtung des Militärregimes zunehmend wärmer geworden, Der CIA war vorsichtiger als die Pakistanis.

Das Drogendreieck

Die Geschichte des Drogenhandels in Zentralasien ist eng verbunden mit den verdeckten Operationen des CIA. Vor dem sowjetisch-afghanischen Krieg war die Opiumproduktion in Afghanistan und Pakistan auf kleine regionale Märkte ausgerichtet. Es gab keine örtliche Produktion von Heroin. Hierzu bestätigt eine Studie von Alfred McCoy, daß innerhalb von zwei Jahren des Ansturms der CIA-Operationen in Afghanistan »die pakistanisch-afghanischen Grenzgebiete zum Gebiet wurden, wo weltweit am meisten Heroin produziert wird, Bezugsquelle für 60 Prozent der Nachfrage in den USA. In Pakistan entwickelte sich die heroinabhängige Bevölkerung von fast null im Jahre 1979 ... auf 1,2 Millionen im Jahre 1985.« (Alfred McCoy: Drug fallout. The CIA's Forty Year Complicity in the Narcotics Trade. The Progressive, 1. August 1997)

»CIA-gestützte Interessen wiederum kontrollierten diesen Heroinhandel. In dem Maße, wie die Mudshaheddin Gebiete innerhalb Afghanistans eroberten, befahlen sie den Bauern, Opium als eine revolutionäre Steuer anzubauen. Jenseits der Grenze in Pakistan betrieben die afghanischen Führer und örtliche Syndikate unter der Protektion des pakistanischen Geheimdienstes Hunderte Heroinlabors. Während dieses Jahrzehnts des offenen Drogenhandels gelang es der Drug Enforcement Agency (Rauschgiftverfolgungsbehörde) der USA nicht, in Islamabad größere Beschlagnahmungen oder Verhaftungen zu veranlas-

sen (...) US-Beamte hatten sich geweigert, aufgrund von Anzeigen ihrer afghanischen Verbündeten wegen Heroinhandels zu ermitteln. Im Jahr 1995 gestand der frühere CIA-Direktor der afghanischen Operation, Charles Cogan, daß der CIA in der Tat den Antidrogenkrieg geopfert hatte, um den Kalten Krieg zu führen. Unsere Hauptmission war, den Sowjets soviel Schaden wie möglich zuzufügen. Wir hatten eigentlich nicht die Ressourcen oder die Zeit, uns einer Untersuchung des Drogenhandels zu widmen.« (Cordovez und Harrison, a. a. O.)

Wie im Kalten Krieg vorgezeichnet, ist die zentralasiatische Region nicht nur von strategischer Bedeutung wegen ihrer ausgedehnten Erdölreserven, sie produziert heute auch zwei Drittel des Opiums in der Welt im Gegenwert von mehreren Milliarden Dollar. Die jährlichen Erträge aus dem Drogenhandel des Goldenen Halbmonds entsprechen ungefähr einem Drittel des weltweiten Umsatzes an Suchtmitteln, der von den Vereinten Nationen auf eine Größenordnung von 500 Milliarden Dollar veranschlagt wird.

Mit der Auflösung der Sowjetunion erlebte die Opiumproduktion einen neuen Aufschwung. (Nach Schätzungen der UN erreichte die Opiumproduktion in Afghanistan 1998/99 - parallel zu den damals beginnenden bewaffneten Aufständen in ehemaligen Sowjetrepubliken - eine Rekordhöhe von 4 600 Tonnen.) Mächtige Syndikate in der ehemaligen Sowjetunion konkurrieren um die strategische Kontrolle über die Heroinrouten.

Wie im Kalten Krieg

Das ausgedehnte militärisch-geheimdienstliche Netzwerk des ISI wurde nach dem Kalten Krieg nicht abgebaut. Der CIA fuhr fort, von Pakistan aus den islamischen »Dschihad« zu unterstützen. Der militärische und geheimdienstliche Apparat Pakistans diente als Katalysator für den Zerfall der Sowjetunion und das Entstehen von sechs neuen moslemischen Republiken in Zentralasien.« (International Press Services, 22. August 1995)

Inzwischen hatten islamische Missionare der Sekte der Wahhabiten aus Saudi-Arabien in moslemischen Republiken sowie innerhalb der Russischen Föderation Fuß gefaßt, auch in weltlichen Staatsinstitutionen. Trotz seiner antiamerikanischen Ideologie diente der islamische Fundamentalismus weitgehend den strategischen Interessen Washingtons in der ehemaligen Sowjetunion.

Nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1989 hielt der Bürgerkrieg in Afghanistan unvermindert an. Die Taliban wurden von den pakistanischen Deobandis (einer mit den Wahhabiten verbundenen Sekte) und ihrer politischen Partei, der Jamiat-ul-Ulema-e-Islam (JUI) unterstützt. Im Jahre 1993 trat die JUI der Regierungskoalition von Premierministerin Benazzir Bhutto bei. Verbindungen zwischen der JUI, der Armee und dem ISI ergaben sich in Pakistan. Nach dem Sturz der Hezb-I-Islami-Regierung unter

Hektmatyar in Kabul 1995 setzten die Taliban nicht nur eine hart durchgreifende islamische Regierung ein, sie »übergaben die Kontrolle von Ausbildungslagern in Afghanistan Fraktionen der JUI...« (Ahmed Rashid: The Taliban. Exporting Extremism, Foreign Affairs, S. 22) Die JUI spielte mit der Unterstützung der saudi-arabischen Wahhabiten-Bewegung auch eine Schlüsselrolle bei der Rekrutierung von Freiwilligen für die Kämpfe auf dem Balkan und in der ehemaligen Sowjetunion.

Das militärpolitische Magazin Jane Defense Weekly bestätigt in diesem Zusammenhang, daß »die Hälfte des Personalbestands und der Ausrüstung der Taliban aus Pakistan unter dem ISI stammt(e)«. (Christian Science Monitor, 3. September 1998) Tatsächlich scheint es so, daß nach dem sowjetischen Rückzug beide Seiten im afghanischen Bürgerkrieg weiter verdeckte Unterstützung durch ISI erhielten. Anders gesagt: Mit Unterstützung des ISI, der wiederum vom CIA kontrolliert wurde, diente der islamische Staat der Taliban weitgehend den US-amerikanischen geopolitischen Interessen. Der Drogenhandel des Goldenen Halbmonds wurde auch dazu benutzt, die Bosnische Moslemische Armee (seit Anfang 1990) und die Kosovo-Befreiungsarmee (UCK) zu finanzieren und auszurüsten. In den letzten Monaten gibt es Beweise dafür, daß Mudschaheddin-Söldner in den Reihen der UCK-Terroristen bei Einfällen in Mazedonien kämpften.

Tschetschenien-Krieg

Hinsichtlich Tschetscheniens wurden die Hauptanführer der Rebellen, Schamil Basajew und Al Khattab, in CIA-geförderten Lagern in Afghanistan und Pakistan ausgebildet und indoktriniert. Nach Aussage von Yossef Bodansky, dem Direktor der Task Force für Terrorismus und unkonventionelle Kriegführung des US-Kongresses, wurde der Krieg in Tschetschenien während eines geheimen Gipfeltreffens von Hizb Allah International in Mogadischu in Somalia im Jahre 1996 geplant. Teilnehmer des Gipfeltreffens waren Osama bin Laden und hochrangige iranische und pakistanische Geheimdienstoffiziere.

Die beiden wichtigsten tschetschenischen Rebellarmeen (unter dem Kommando von Schamil Basajew bzw. Emir Khattab), die auf 35 000 Mann geschätzt werden, wurden vom ISI unterstützt, der auch eine Schlüsselrolle bei der Organisation und Ausbildung der tschetschenischen Rebellarmee spielte.

»Im Jahre 1994 arrangierte der ISI für Bassajew und seine vertrauenswürdigen Stellvertreter ... eine intensive islamische Indoktrination und Ausbildung in Guerillakriegsführung... In Pakistan traf Bassajew mit den hochrangigsten pakistanischen Offizieren von Militär und Geheimdienst und mit Regierungsmitgliedern zusammen ... Hochrangige Beziehungen er-

wiesen sich für Bassajew bald als sehr nützlich. Er wurde dafür vorgesehen, den Angriff gegen die russischen Bundestruppen im ersten tschetschenischen Krieg 1995 zu führen. Seine Organisation hatte auch ausgedehnte Beziehungen zu kriminellen Syndikaten in Moskau sowie Verbindungen zum albanischen organisierten Verbrechen und der Kosovo-Befreiungsbewegung (UCK) entwickelt. Nach Aussagen des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) »begannen tschetschenische Kriegsherren (in den Jahren 1997-98) in Kosovo Grundstücke aufzukaufen ... durch Immobilienfirmen, die zur Tarnung in Jugoslawien registriert waren.« (Witali Romanow, Wiktor Yadukha: Chechen Front Moves To Kosovo Segodnia, Moscow 2000.)

Während des Trainings in Afghanistan stellte Basajew die Verbindung zu dem in Saudi-Arabien geborenen Mudschaheddinkommandeur »Al Khattab« her, der als Freiwilliger in Afghanistan kämpfte. Nur wenige Monate nach Basajews Rückkehr nach Grosny wurde Khat-tab (Anfang 1995) eingeladen, in Tschetschenien eine Armeebasis für die Ausbildung von Gotteskriegerern aufzumachen. Arrangiert wurde laut BBC (29. September 1999) der Einsatz von Khattab in Tschetschenien durch die in Saudi-Arabien ansässige (Internationale) Islamische Hilfsorganisation, eine militant religiöse, von Moscheen und reichen Einzelpersonen finanzierte Organisation, die die Geldmittel nach Tschetschenien einschleuste.«

Grausame Ironie

Während in grausamer Ironie der islamische Dschihad - von der Regierung Bush als »eine Bedrohung Amerikas« dargestellt - für die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon verantwortlich gemacht wird, bilden dieselben islamischen Organisationen ein Schlüsselinstrument der militärisch-geheimdienstlichen Operationen der USA auf dem Balkan und in der früheren Sowjetunion. Im Gefolge der terroristischen Angriffe in New York und Washington muß die Wahrheit die Oberhand gewinnen, um die Bush-Administration mit ihren NATO-Partnern daran zu hindern, ein militärisches Abenteuer zu unternehmen, das die Zukunft der Menschheit bedroht.

(*) Michel Chossudovsky ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Ottawa. Der englische Originaltext: <http://globalresearch.ca/articles/CHO109C.html>;

Centre for Research on Globalisation (CRG), Montréal, Posted 12 September 2001.

(Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff)

Kreuzzug gegen den Terrorismus?

Anmerkungen zum 11. September 2001

von Jürgen Rose *)

“Vaterland nennt sich der Staat immer dann, wenn er sich anschickt, auf Menschenmord auszugehen.”

Friedrich Dürrenmatt: Romulus der Große

Sein Name fällt häufig in den aktuellen Analysen der Terroranschläge von New York und Washington: Samuel P. Huntington, der nach dem Ende des Kalten Krieges die These vom „Clash of Civilizations“ formuliert hat, die letzte Woche auf infernalische Weise ihre Bestätigung gefunden zu haben schien. Geflissentlich unerwähnt bleibt hingegen ein Aufsatz desselben Autors, den dieser im Frühjahr 1999 in der renommierten Fachzeitschrift »Foreign Affairs« unter dem Titel „The Lonely Superpower“ veröffentlicht hatte. Wie der Titel bereits erahnen läßt, präsentiert der anerkannte Politikwissenschaftler in seinem Beitrag eine höchst kritische Analyse der Rolle der USA und ihrer Außen- und Sicherheitspolitik im internationalen System. Wie die Vereinigten Staaten in der Welt wahrgenommen werden, beschreibt er anhand des Verlaufes einer Konferenz, die bereits 1997 an der Harvard University stattgefunden hatte. Dort, so läßt er wissen, „berichteten Wissenschaftler, daß die Eliten, die mindestens zwei Drittel der Weltbevölkerung – nämlich Chinesen, Russen, Inder, Araber, Muslime, und Afrikaner – repräsentierten, die Vereinigten Staaten als einzige und größte äußere Bedrohung ihrer Gesellschaften betrachteten. Nicht als militärische Bedrohung nähmen sie Amerika wahr, sondern als Gefahr für ihre Integrität, Autonomie, Prosperität und Handlungsfreiheit. Sie sähen die Vereinigten Staaten als aufdringlich, interventionistisch, ausbeuterisch, unilateralistisch, hegemonistisch, heuchlerisch, sich der Doppelmoral bedienend sowie eine Politik verfolgend, die sich unter dem Etikett des ‚Finanzimperialismus‘ und ‚intellektuellen Kolonialismus‘ fassen ließe“¹.

¹ Huntington, Samuel P.: The Lonely Superpower, in: Foreign Affairs, vol. 78, no. 2, 1999, p. 42f. Das Zitat lautet im Original: “At a 1997 Harvard conference, scholars reported that the elites of comprising at least two-thirds of the world’s people – Chinese, Russians, Indians, Arabs, Muslims, and Africans – see the United States as the single greatest external threat to their societies. They do not regard America as a military threat but as a menace to their integrity, autonomy, prosperity, and freedom of action. They view the United States as intrusive, interventionist, exploitative, unilateralist, hegemonic, hypocritical, and applying double standards, engaging in what

Huntington selbst kritisiert die seiner Erkenntnis nach innerhalb der politischen Eliten in den USA derzeit vorherrschende Idee von den Vereinigten Staaten als eines „wohlwollenden Hegemonen“, der die übrige Welt über die universelle Gültigkeit amerikanischer Prinzipien, Praktiken und Institutionen belehrt und dabei als „einsame Supermacht“ unilateral und autonom zu agieren das Recht besitzt, mit äußerster Vehemenz. Diese Kritik gipfelt in seinem Vorwurf, „daß die USA sich in den Augen vieler Länder zur Schurken-Supermacht (rogue superpower) entwickelten“². Im selben Atemzug liefert Huntington eine wahrhaft bemerkenswerte “Schwarze Liste” von Machenschaften der USA im internationalen System: „In den letzten paar Jahren versuchten oder schienen die Vereinigten Staaten mehr oder weniger unilateral unter anderem folgendes zu versuchen:

- andere Länder unter Druck zu setzen, amerikanische Werte und Praktiken auf dem Feld der Menschenrechte und der Demokratie zu übernehmen;
- andere Länder davon abzuhalten, militärische Fähigkeiten zu erwerben, die der amerikanischen Überlegenheit auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte entgegenwirken;
- amerikanisches Recht extraterritorial gegenüber anderen Gesellschaftssystemen durchzusetzen;
- Länder entsprechend ihrer Einhaltung amerikanischer Standards bezüglich Menschenrechten, Drogenpolitik, Terrorismusbekämpfung, Proliferation von Nuklearwaffen und Raketentechnologie und seit neuestem der Religionsfreiheit zu klassifizieren;
- Sanktionen gegenüber Ländern zu verhängen, welche die amerikanischen Standards

they label »financial imperialism« and »intellectual colonialism«.”

² Huntington, Samuel P.: The Lonely Superpower, a. a. O. (Anm. 1), p. 42. Im Original: “While the United States regularly denounces various countries as ‘rogue states’, in the eyes of many countries it is becoming the rogue superpower.”

hinsichtlich der vorstehenden Probleme nicht erfüllen;

- amerikanischen Handelsinteressen unter dem Vorwand des Freihandels und offener Märkte Vorschub zu leisten;
- die Politik von Weltbank und Internationalem Währungsfond im Sinne ebenselber Handelsinteressen zu beeinflussen;
- andere Länder zu zwingen, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu übernehmen, die amerikanischen Wirtschaftsinteressen zugute kommt;
- amerikanische Rüstungsverkäufe im Ausland zu fördern und zugleich vergleichbare Verkäufe seitens anderer Länder zu verhindern;
- den Generalsekretär der Vereinten Nationen aus dem Amt zu drängen und die Bestellung seines Nachfolgers zu diktieren;
- im Zuge der NATO-Osterweiterung Polen, Ungarn sowie Tschechien, aber kein weiteres Land ins Bündnis aufzunehmen;
- militärisch gegen Irak vorzugehen und in der Folge scharfe Wirtschaftssanktionen gegen das Regime aufrechtzuerhalten; und schließlich
- bestimmte Länder als ‚Schurkenstaaten‘ zu klassifizieren und sie von internationalen Institutionen auszuschließen, weil sie sich weigerten, vor amerikanischen Wünschen den Kotau zu machen.”³

³ *Huntington, Samuel P.*: *The Lonely Superpower*, a. a. O. (Anm. 1), p. 38. Im Original: “In the past few years the United States has, among other things, attempted or been perceived as attempting more or less unilaterally to do the following:

- pressure other countries to adopt American values and practices regarding human rights and democracy;
- prevent other countries from acquiring military capabilities that could counter American conventional superiority;
- enforce American law extraterritorially in other societies;
- grade countries according to their adherence to American standards on human rights, drugs, terrorism, nuclear proliferation, missile proliferation, and now religious freedom;
- apply sanctions against countries that do not meet American standards on these issues;
- promote American corporate interests under the slogans of free trade and open markets;
- shape World Bank and International Monetary Fund policies to serve those same corporate interests;
- bludgeon other countries to adopt economic policies and social policies that will benefit American economic interests;

Nota bene: der Verfasser vorstehender bemerkenswerter Analyse amerikanischer Weltpolitik ist mitnichten ein idealistischer Spinner, linker Utopist oder einfältiger Guttmensch, sondern ein höchst reputierter Harvard-Professor sowie jahrzehntelanger Berater von Pentagon und diversen amerikanischen Administrationen, dem der Ruf vorausseilt, ein sogenannter „Falke“ zu sein. Eindringlich warnte Huntington – und nicht nur er allein – vor der Fortführung einer hegemonialen Super- oder gar Hypermachtspolitik, die nur Ressentiments, Widerstände und Gegengewalt hervorrufen würde und absehbar amerikanischen Interessen zuwiderlaufen müßte. Auf ungeahnte und grauenvolle Weise sind er und viele andere Kritiker in den USA und anderswo auf der Welt in ihrer Prognose bestätigt worden.

Doch anstatt nun innezuhalten, die Folgen bisheriger Politik der USA im internationalen System zu überdenken und gegebenenfalls eine grundlegende Revision derselben einzuleiten, verkündet der amerikanische Präsident einen Kreuzzug gegen den Terrorismus, spricht von „jagen“ und „ausräuchern“, schwört Rache und Vergeltung, fordert in Wildwest-Manier die Auslieferung des Hauptverdächtigen Osama bin Ladins „dead or alive“. Der amerikanische Kongreß erteilt ihm Carte blanche zum Krieg, nur eine einzige Abgeordnete bringt den Mut auf, dagegen zu stimmen. Und weltweit stimmen die Regierungen in die Kriege rhetorik ein, unter dem Beifall fast der gesamten Medienlandschaft, die den Anschein einer Gleichschaltung im bellizistischen Geiste erweckt.

„Nuke them out“ steht auf über den Bildschirm flimmernden Transparenten amerikanischer Bürger zu lesen – irrwitzige Konsequenz apokalyptischer Bilder, deren Symbolgehalt wohl in der Tat nur durch ein einziges Fanal zu überbieten wäre: das eines Atompilzes über Kabul nämlich. Nach der zur Zeit gültigen »Doctrine for Joint Theater Nuclear Operations« sehen die USA den Einsatz nuklearer Waffen gegen Terroristengruppen (sogenannte „nicht-staatliche Akteure“) und ihre Infrastruktur vor, was sich folgendermaßen anhört: „Feindliche Streitkräfte und Einrichtungen, welche wahrscheinliche Ziele für nukleare Schläge darstellen, umfassen Massenvernichtungswaffen und ihre Trägersy-

-
- promote American arms sales abroad while attempting to prevent comparable sales by other countries;
 - force out one U.N. secretary-general and dictate the appointment of his successor;
 - expand NATO initially to include Poland, Hungary, and the Czech Republic and no one else;
 - undertake military action against Iraq and later maintain harsh economic sanctions against the regime; and
 - categorize certain countries as ‘rogue states’, excluding them from global institutions because they refuse to kowtow to American wishes.”

steme, Heerestruppen, Luftverteidigungseinrichtungen, Marinebasen, Kriegsschiffe, nichtstaatliche Akteure und unterirdische Anlagen”⁴. Da fügt es sich, daß Michael Bönnte, selbsternannter Sprecher der bayrischen Staatsregierung mit Amtssitz in den Studios des Bayerischen Rundfunks in München-Unterföhring, in seiner letzten „Report“-Sendung flugs einen britischen „Geheimdienstexperten“ aufbietet, der verlauten läßt, daß der Super-Terrorist Bin Ladin über genügend hochangereichertes Uran zum Bau einer sogenannten „schmutzigen“ Atom-bombe verfügen soll.

Oft steht auch „bomb them now“ auf den Protestplakaten, wobei mitnichten klar ist, wer „sie“ eigentlich sind. Und selbst wenn man es wüßte: das Töten von Terroristen, Fundamentalisten, Islamisten oder sonstigen Feinden der zivilisierten Völker und die Vernichtung ihrer eher armseligen, jedenfalls schnell zu ersetzenden Infrastruktur bliebe doch nur ein Kurieren von Symptomen, änderte nicht das Geringste an den Ursachen für das Entstehen von Denkschablonen und Handlungsmustern, gemäß denen die Protagonisten ihre heldenhafte Selbstaufopferung unter Maximierung feindlicher Verluste im Heiligen Krieg gegen eine gottlose und zutiefst ungerechte Welt zum höchsten Ziel erheben.

An jedem Tag, an dem die silbernen Türme des World Trade Center im Licht der aufgehenden Sonne erstrahlten, starben in der Dritten Welt vierzigtausend Kinder an den Folgen von Elend, Hunger, Krankheit und Krieg. Vierzigtausend – das sind fast zehnmal soviel Opfer, wie nach dem Attentat von New York zu beklagen sind. Aber hat man jemals davon gehört, daß die Börse an der Wall Street ihren Handel mit einer Gedenkminute für diese still und leise vor sich hinsterbenden Kinder in der Dritten Welt eröffnet hätte? Natürlich sind Entsetzen, Wut und Trauer über die eigenen Toten stets am größten, aber darf man deshalb den Tod der anderen schlichtweg ignorieren?

Die Rüstungsausgaben der USA erreichen in diesem Jahr die astronomische Summe von etwa 700 Milliarden DM, das entspricht mehr als dem Fünf-

zehnfachen des deutschen Verteidigungsetats. Diese ungeheuerliche Verschwendung von Ressourcen ist schlechterdings obszön. Nicht allein deswegen, weil die gewaltigste Militärmaschinerie der Weltgeschichte angesichts der eiskalten Rationalität, der kaum überbietbaren kriminellen Energie, der barbarischen Entschlossenheit und der suizidalen Furchtlosigkeit der Täter grandios versagt hat, ja versagen mußte. Sondern vor allem deswegen, weil bereits mit einem Bruchteil der für militärische Zwecke aufgewendeten Mittel die Ursachen und nicht nur die Symptome terroristischer Gewalt bekämpft werden könnten. Statt dessen stellt der amerikanische Kongreß umstandslos, quasi aus der Portokasse, über 80 Milliarden DM für eine unsinnige Terroristenhatz mit militärischen Mitteln zur Verfügung. Man stelle sich die Entrüstung derselben Abgeordneten vor, hätte man von ihnen verlangt, die gleiche Summe für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Dabei ist es evident, daß ein Land, in dem seit Jahrzehnten der Bürgerkrieg tobt, Bomben und Raketen das letzte sind, was zur Friedensstiftung beitragen kann. Robert Bowman, der als Kampfpilot der amerikanischen Streitkräfte im Verlauf von 101 Einsätzen während des Vietnamkriegs selbst Tod und Vernichtung vom Himmel schickte und heute als Bischof der Vereinigten Katholischen Kirche in Melbourne Beach, Florida wirkt, geißelt die bellizistischen Reflexe seiner Regierung mit den Worten: „Anstatt unsere Söhne um die Welt zu schicken, um Araber zu töten, damit wir das Öl, das unter deren Sand liegt, haben können, sollten wir sie senden, um deren Infrastruktur wieder in Stand zu setzen, reines Wasser zu liefern und hungernde Kinder füttern.“⁵ Und er fährt fort mit den Worten: „Kurzum, wir sollten Gutes tun anstelle von Bösem. Wer würde versuchen, uns aufzuhalten? Wer würde uns hassen? Wer würde uns bombardieren wollen? Das ist die Wahrheit, die die amerikanischen Bürger und die Welt hören müssen.“⁶ Ein sogenannter „Kreuzzug gegen den Terrorismus“ müßte demnach anstelle des Trachtens weiter Teile unserer politischen Eliten, „die Rachsucht der Bevölkerung zu stimulieren“, wie der Lyriker Charles Simic vor wenigen Tagen trefflich anmerkte⁷, die Bekämpfung der wahren Ursachen solcher verzweifelter Gewaltexzesse, wie wir sie mit den Terroranschlägen in den USA erleben mußten, zum Gegenstand haben.

Keinesfalls aber berechtigt das Gemetzel an Unschuldigen wie es in Washington und New York ge-

⁴ *Director for Strategic Plans and Policy, Joint Staff (ed.): Joint Pub 3-12.1, Doctrine for Joint Theater Operations, Washington, D. C., 9 February 1996, p. viii* (im Internet unter »http://www.dtic.mil/doctrine/jel/c_pubs2.htm«); im Original: „Enemy combat forces and facilities that may be **likely targets** for nuclear strikes **include WMD and their delivery systems, ground combat units, air defense facilities, naval installations, combat vessels, nonstate actors, and underground facilities.**“ Vgl. auch in derselben Publikation das Kapitel III „Planning and Employment“, wo unter Abschnitt 4. „Targeting Considerations“ als mögliches Ziel für amerikanische Nuklearwaffeneinsätze wiederum „Nonstate actors (facilities and operation centers) that possess WMD“ genannt sind (p. III-7).

⁵ Bowman, Robert: Terrorismus, in: „DER PFLUG“, hrsg. von: The Plough Publishing House of The Bruderhof Foundation, Spring Valley Bruderhof, Farmington PA 15437, USA, Frühjahr 1999.

⁶ Bowman, Robert, ebd.

⁷ Simic, Charles: Der Geruch des Gemetzels, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 216, 17. September 2001, S.53.

schah, im Gegenzug nun wiederum zum Töten Unschuldiger. Bereits seit der Antike weiß die Menschheit, daß der Umstand erlittenen Unrechts nie und nimmer den eigenen Rechtsbruch – und sei es nur zur Vergeltung – zu rechtfertigen vermag: aus Unrecht kann niemals Recht werden. Der berühmte Dialog des unrechtmäßig von der Athener Bürgerschaft zum Tode verurteilten Sokrates mit seinem Schüler Kriton illustriert dies auf so unübertreffliche Weise, daß er an dieser Stelle zitiert sei:

„Sokrates: Fordern wir, daß man in keinem Falle freiwillig ein Unrecht begehen darf, oder in dem einen Falle ja und in dem anderen nein? Oder ist nie und nimmer das Unrecht gut und ehrenhaft, so wie es ehemals so oft zwischen uns ausgemacht wurde? ... Oder ist es ohne jedes Schwanken so wie wir es sonst gesagt haben: mögen die Vielen ja sagen oder nicht, mag uns Härteres als jetzt zu dulden auferlegt werden oder Milderer, dennoch ist Unrecht für den Unrechthuenden schlecht und schimpflich in jedem Falle? Stehen wir dazu oder nicht?

Kriton: Gewiß.

Sokrates: Nie und nimmer darf man also Unrecht tun.

Kriton: Gewiß nicht.

Sokrates: Weiter, Kriton: Darf man Schaden zufügen oder nicht?

Kriton: Nein, man darf's nicht, Sokrates.

Sokrates: Und weiter: Schaden mit Schaden vergelten, wie die Vielen wollen, ist das gerecht oder nicht gerecht?

Kriton: Nie und nimmer.

Sokrates: Denn jemandem Schaden zufügen unterscheidet sich ja in nichts vom Unrecht tun.

Kriton: Du sprichst die Wahrheit.

Sokrates: Man darf also keinem Menschen mit Unrecht oder Schaden vergelten, was immer man auch von ihm erdulde. Gib aber acht, Kriton, wenn du diesem zustimmst, daß du ihm nicht wider deine eigentliche Meinung zustimmst; denn ich weiß, daß nur ein paar Leute auf diesem Boden stehen, heute und künftig ...⁸

Nicht Krieg also kann den Frieden bringen, sondern allein Gerechtigkeit. In Abwandlung des einst von dem Römer Vegetius Renatus formulierten Aphorismus muß die Devise demnach lauten: Si vis pacem, para pacem! Den sich zivilisiert nennenden Nationen dieser Welt stünde es angesichts der ent-

setzlichen Katastrophe von New York und Washington gut an, nun endlich ernsthaft anzufangen, des großen Philosophen Immanuel Kants Entwurf zum „Ewigen Frieden“ zu verwirklichen, anstatt erneut dem Jargon von Terror und Gegenterror zu verfallen.

Ich habe afghanische Flüchtlingslager im Iran und Pakistan mit eigenen Augen gesehen, das Elend in den Palästinenserlagern des Südlibanon und die unbeschreibliche Armut der Menschen im Sudan. Zumindest ein Gedanke resultiert aus jenen Bildern, nämlich daß dies die Höllen sind, in denen jene zornigen jungen Männer geboren werden, die nur ein Gedanke beseelt: Ihre Hölle in unsere Hölle zu verwandeln.

Zugleich bin ich im Verlaufe vieler Reisen durch den Nahen und Mittleren Osten ungezählten Menschen – Männern und Frauen, Kindern und Alten – begegnet, die dem „reichen Mann aus Alemania“ trotz eigener Armut dutzendfach großartige Herzlichkeit und überwältigende Gastfreundschaft entgegenbrachten. Es ist an der Zeit, etwas von diesen Erfahrungen zurückzugeben und wenn es nur die Gewißheit ist, daß der heraufziehende Krieg nicht mein Krieg sein wird.

Der Autor, der in diesem Beitrag seine persönlichen Auffassungen vertritt, ist Oberstleutnant der Bundeswehr.

⁸ Platon: Sokrates im Gespräch, Frankfurt, 1986, S. 44f.

Kein Recht zum Krieg

Für einen US-Angriff auf Afghanistan gibt es keine juristische Grundlage. Auch der Nato-Bündnisfall liegt nicht vor

Von GERD WINTER* taz, 2. Oktober 2001

Dies scheint die Stunde der Militärstrategen. Doch ist völkerrechtlich nicht alles erlaubt, was effektiv erscheint. Denn das Recht ist auf längere Dauer eingestellt, und das gegenwärtige Terrorismusproblem darf die große Errungenschaft der UN-Charta nicht zunichte machen: das Verbot zwischenstaatlicher Gewaltanwendung.

Erlaubt ist nur die individuelle und kollektive Selbstverteidigung gegen den bewaffneten Angriff eines Staates nach Artikel 51 der UN-Charta (siehe Kasten). Manche Völkerrechtler halten diesen Fall für bereits gegeben und mahnen lediglich das Verhältnismäßigkeitsgebot an, das zum Beispiel bloße Racheakte ausschließt. Was erforderlich sei, um Terrorakte zu verhindern, sei zulässig - einschließlich militärischer Einsätze gegen Staaten wie Afghanistan.

Die Vertreter dieser Auffassung sehen sich durch die Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 12. September bestätigt. Eine genauere Lektüre kommt dagegen zu einem anderen Ergebnis. In der genannten Resolution hat der Sicherheitsrat zwar eine Bedrohung des Weltfriedens konstatiert, nicht aber einen bewaffneten Angriff, der allein Auslöser des Rechts auf militärische Selbstverteidigung sein könnte. Hinsichtlich des Rechts zur Selbstverteidigung hat das Gremium nur abstrakt anerkannt, dass Artikel 51 der UN-Charta dieses Recht vorsehe - nicht aber, dass die Voraussetzungen etwa in Bezug auf Afghanistan eingetreten seien.

Kein Vergleich zu Kuwait

Ebenso verhält es sich mit der neuen Resolution vom 28. September. Sie stellt ebenfalls die Bedrohung des Friedens, nicht einen bewaffneten Angriff fest. Die Bedeutung dieses Textes liegt gerade darin, dass er die nichtmilitärischen Zwangsmaßnahmen effektiviert und von kriegerischen Maßnahmen absieht. Man halte ihm die Resolution von 1990 zur irakischen Invasion in Kuwait gegenüber:

Damals stellte der Sicherheitsrat einen bewaffneten Angriff fest und bestätigte das Recht Kuwaits zur Selbstverteidigung.

Nun ist der Selbstverteidigungsfall allerdings nicht von einer Feststellung durch den Sicherheitsrat abhängig. Er ergibt sich aus der objektiven Lage. Man muss also nach einer allgemeingültigen Bedeutung des Ausdrucks "bewaffneter Angriff" fragen. Der Internationale Gerichtshof legte ihn im Nicaragua-Fall 1986 ausgedehnt aus. Damals erklärten die Richter, Ausrüstung und Ausbildung der von Honduras aus

operierenden Contras durch die USA stellten einen bewaffneten Angriff dar. Diese ausdehnende Auslegung war aber keineswegs konturenlos: Die bloße logistische und finanzielle Unterstützung bewaffneter Gruppen, so die Richter, stelle noch keinen Angriff dar.

Damit die Anschläge in den USA als afghanischer Angriff angesehen werden könnten, müssten die Terrorpiloten demnach von Afghanistan ausgerüstet, ausgebildet und entsandt worden sein. Selbst wenn die Attacken nachweisbar von Bin Laden gesteuert und finanziert worden sind, wäre noch zu beweisen, dass die Regierung aktiv und nicht nur durch Duldung mitgewirkt hat. Offenbar fällt dieser Nachweis schwer. Deshalb wäre eine kriegerische Reaktion gegenüber Afghanistan mangels Selbstverteidigungsrechts von vornherein unzulässig.

Dies gilt auch für den Einsatz der Nato. Würden die USA um militärische Hilfe ersuchen, wäre diese nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages (siehe Kasten) nicht gestattet. Diese Bestimmung setzt voraus, dass ein bewaffneter Angriff eines Staates gegeben ist. Die Klärung dieser Frage hat die Nato am 13. September zu Recht zur Bedingung für den Bündnisfall gemacht. Allerdings suggeriert die unklare Formulierung, es komme auf einen Angriff "von außen" an, dass auch staatlich nicht gesteuerte Terrorakte als ausreichend für die Nothilfe angesehen werden. Dies wäre nach dem Vertrag nicht zulässig. Es geht auch nicht an, dass die Nato die Feststellung des Bündnisfalls durch die USA einfach übernimmt. Sie muss den Bündnisfall selbst prüfen, eine Definitionsmacht eines Nato-Mitglieds gibt es nicht.

Dass kriegerische Maßnahmen nach gegenwärtigem Kenntnisstand völkerrechtlich unzulässig sind, bedeutet selbstverständlich nicht, dass gar nichts unternommen werden kann. Wenn ein Staat terroristische Tätigkeiten gegen einen anderen Staat duldet oder unterstützt, verstößt er gegen den 10. Grundsatz der "Friendly Relations Declaration" der UN-Generalversammlung von 1970.

Der Verstoß löst einerseits die Pflicht zur Wiedergutmachung aus. Andererseits können gegen den pflichtwidrig handelnden Staat Repressalien unterhalb der Kriegsschwelle ergriffen werden, beispielsweise Boykottmaßnahmen.

"Kleine Gewalt" erlaubt

Nur in zwei eng umgrenzten Fällen werden gezielte Einsätze der "kleinen Gewalt" mit eher polizeilichem

Charakter für zulässig gehalten. Der eine betrifft den Schutz eigener Staatsangehöriger. Ein Beispiel dafür ist der Einsatz einer israelischen Sondereinheit im Jahr 1976 im ugandischen Entebbe, wohin palästinensische Terroristen mit Duldung Ugandas eine El-Al-Maschine entführt hatten. Der andere Fall betrifft kleinere gewaltsame Übergriffe wie Grenzverletzungen, auf die mit begrenzten Maßnahmen geantwortet werden darf.

Der erste Fall liegt ersichtlich nicht vor - es sei denn, man fasst Maßnahmen zur Befreiung der in Kabul festgehaltenen Gefangenen ins Auge. Der zweite Fall ist sozusagen verfristet: Er trägt nicht langfristig angelegte Strategien mit Einsatz gewaltsamer Mittel zur Terrorismusbekämpfung.

Darüber hinausgehende Maßnahmen sind nach der gegenwärtigen Völkerrechtslage nicht auf der Ebene einzelner Staaten, sondern nur im größeren internationalen Verband möglich - auf der Grundlage eindeutiger Beschlüsse des Sicherheitsrats. Dieser hat in den beiden Resolutionen zu den Anschlägen vom 11. September bereits die Bedrohung des internationalen Friedens festgestellt. Im Anschluss daran kann er Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta ergreifen, die stufenförmig von Aufforderungen zur Verfolgung der Terroristen über friedliche Sanktionen bis zu militärischem Eingriffen reichen.

Die Entscheidungsbefugnis darüber hat allein der Sicherheitsrat, nicht ein einzelner Staat wie etwa die USA. Im vorliegenden Fall hat der Sicherheitsrat in zunehmend konkreter Form alle Staaten zur Terrorismusbekämpfung verpflichtet. Zu Afghanistan wurden bereits nach den Anschlägen auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalam Resolutionen beschlossen. Erst Ende letzten Jahres ver-

pflichtete der Sicherheitsrat die Taliban zur Schließung der Camps und zur Unterbindung des Drogenhandels. Er verhängte ein Embargo für militärische Hilfe und den Luftverkehr.

Wenn sich diese Sanktionen als unzulänglich erwiesen haben, könnte der Sicherheitsrat auf die nächste Stufe übergehen und polizeiliche oder auch militärische Interventionen beschließen. Dabei könnte er sich auch auf den Tatbestand der menschenrechtswidrigen Unterdrückung der afghanischen Bevölkerung stützen, der seinerseits eine Bedrohung des Friedens ist.

Antiterror-Organisation

Angesichts der Verzweigung und offenbaren Schlagkraft der terroristischen Netzwerke reichen die Instrumente der UN-Charta allerdings nicht mehr aus. Erforderlich sind der Abschluss internationaler Verträge und die Einrichtung einer internationalen Organisation zur Terrorismusbekämpfung. Sie muss sorgfältig definierte supranationale Kompetenzen erhalten und gleichzeitig in einen umfassenderen Ansatz zur Bearbeitung der tieferen Quellen des Terrorismus eingebunden sein.

Der Anschlag vom 11. September hat die Akzeptanz für souveränitätsbeschränkende supranationale Institutionen mit weltweiten Kompetenzen gesteigert. Langsam kommt auch eine tiefer gehende Besinnung auf die Ursachen des Terrorismus in Gang. Diese Bereitschaft sollte für friedliche Zwecke genutzt werden, nicht für Kriegsgerede und nicht für Krieg.

* *Gerd Winter* ist Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bremen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind europäische Institutionen, Verwaltungs- und Umweltrecht.

Aus dem NATO-Vertrag:

"Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.

Vor jedem bewaffneten Angriff und allen daraufhin getroffenen Gegenmaßnahmen ist unverzüglich dem Sicherheitsrat Mitteilung zu machen. Die Maßnahmen sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat diejenigen Schritte unternommen hat, die notwendig sind, um den internationalen Frieden und die interna-

tionale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten."

(Artikel 5 des Nato-Vertrags von 1949)

Aus der UN-Charta

"Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält."

(Artikel 51 der UN-Charta von 1945)

Kein Beweis, sondern Kriegsvorwand

Chris Marsden / Barry Grey (*junge Welt* v. 11.10)

Für Tony Blair sind die Dinge klar: Osama bin Laden und das Netzwerk der Al Qaida sind für die Terroranschläge vom 11. September verantwortlich. Doch was beweist denn das Blair-Dossier?

Das Dokument, das Premierminister Tony Blair am 4. Oktober dem britischen Parlament vorstellte, wurde von den Medien als Beweis gewertet, daß Osama bin Laden und seine Organisation Al Qaida die Terroranschläge vom 11. September in New York und Washington geplant und durchgeführt hätten. Doch bei Licht betrachtet besteht Blairs Dossier aus stümperhaft zusammengeschusterten Behauptungen, mit denen weder die Schuld bin Ladens noch die Komplizenschaft seiner Beschützer, der Taliban, schlüssig nachgewiesen wird. Wenn man das Dokument sorgfältig liest, erweist es sich als Versuch, allen weiteren Forderungen nach Beweisen für bin Ladens Schuld einen Riegel vorzuschieben. Auf diese Weise soll es den USA und Großbritannien erleichtert werden, den Krieg gegen Afghanistan zu rechtfertigen.

Vergangene Woche brach die Bush-Regierung ihr Versprechen, der Öffentlichkeit die Beweise, die ihr für bin Ladens Schuld angeblich vorlagen, im einzelnen zu präsentieren. Wenn alles nach Plan verlaufen wäre, dann wäre es dabei zweifellos auch geblieben. Es hätte Bomben auf Afghanistan geregnet, ohne daß man auch nur versucht hätte, die Vorwürfe gegen bin Laden und die Taliban zu untermauern. Doch die Regierungen Pakistans und der arabischen Länder stellten sich Bush entgegen. Sie befürchteten eine explosive Reaktion in ihren eigenen Ländern, falls die USA ohne jeden konkreten, rechtfertigenden Beweis anfangen sollten, ein muslimisches Land zu bombardieren. Das von Blair vorgestellte Dokument war Bestandteil eines internationalen Vorstoßes, der Amerikas schwankende Verbündete zufriedenstellen und ihnen etwas an die Hand geben sollte, das sie der eigenen Bevölkerung präsentieren konnten.

Das Dossier beginnt mit folgendem Vorbehalt: »Dieses Dokument erhebt nicht den Anspruch, Anklagen gegen Osama bin Laden zu begründen, die für einen Gerichtsprozeß ausreichen würden.« Dieses Eingeständnis wird damit gerechtfertigt, daß »geheimdienstliche Erkenntnisse aufgrund strenger Zulässigkeitsregeln und des notwendigen Schutzes der Quellen oft nicht als Beweismaterialien verwendet werden können«.

Nicht gerichtsfähig

Drei Feststellungen sind an dieser Stelle angebracht. Erstens: Die Behauptung, zur Rechtfertigung eines Krieges genügen Beweise von geringerer Qualität, als sie einem Gericht zur Entscheidung über Schuld und Unschuld im allgemeinen vorliegen müssen, ist bestenfalls zweifelhaft. Angesichts der nicht absehbaren Folgen militärischer Angriffe sollten an die Beweislage in diesem Fall mindestens ebenso strenge Anforderungen gestellt werden wie in einem Gerichtsprozeß. Vor Gericht geht es um das Schicksal von Angeklagten als Einzelpersonen, die Militärschläge der USA und Großbritanniens hingegen vernichten das Leben einer unabsehbaren Anzahl unschuldiger Zivilisten. Zweitens: Die Behauptung, daß Regierungen aufgrund geheimdienstlicher Erwägungen keine Beweise vorlegen müssen, um ihr Vorgehen zu rechtfertigen, ist ein Blankoscheck für jede erdenkliche Militäraktion. Selbst wenn man zugestehen wollte, daß gewisse Beweise zu Recht unter Verschuß bleiben sollten, ist es nicht glaubwürdig, daß aus Sicherheitsgründen überhaupt kein konkreter Beweis an die Öffentlichkeit gelangen dürfe. Wer einen solchen Standpunkt vertritt, maßt sich das Recht an, Richter, Jury und Vollstrecker in einer Person zu sein. Drittens: Blairs Dokument ist keine seriöse Darlegung von Beweisen, die lediglich den strengen Normen juristischer Anklageschriften nicht entsprechen würde. Sie enthält keine von unabhängiger Seite verifizierbaren Tatsachen, aus denen eine Schuld bin Ladens, der Al Qaida oder der Taliban im Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September hervorgehen würde. Die meisten in dem Dokument enthaltenen Aussagen waren bereits zuvor in den Medien berichtet worden. Für keine einzige Anschuldigung wird ein Beweis angeführt. Dem Leser wird zugemutet, alle Behauptungen auf Treu und Glauben zu übernehmen.

Das Dokument ist in drei Abschnitte untergliedert. Der wichtigste Teil ist derjenige, der vorgeblich die Rolle der Al Qaida bei den Terroranschlägen vom 11. September behandelt. Er umfaßt nur neun der siebenzig Punkte, aus denen das 15seitige Papier besteht. Die Verfasser haben offenbar versucht, den fadenscheinigen Inhalt dieses zentralen Abschnitts zu bemänteln. Seite um Seite wird ausgeführt, wie die Al Qaida in frühere Terroranschläge gegen die USA verwickelt gewesen sei. Ergänzt wird dies durch Ausführungen über die historischen Wurzeln des von bin Laden geführten Netzwerks und des Taliban-Regimes. In dem Abschnitt über den 11. September wird ein einziger scheinbar konkreter Zusammenhang zwischen der Al Qaida und den An-

schlagen hergestellt. Er besteht in der Behauptung, daß von den 19 identifizierten Luftpiraten »mindestens drei eindeutig als Gefolgsleute der Al-Qaida identifiziert worden sind. Einer spielte erwiesenermaßen eine Schlüsselrolle sowohl bei dem Angriff auf die Botschaft in Ostafrika als auch auf die USS Cole.«

Doch diese Aussage wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Wenn die Identität dieser drei Männer bekannt ist, weshalb werden ihre Namen nicht genannt? Welchen Schaden könnte das nach sich ziehen? Zweitens ist die Bezeichnung »Gefolgsleute der Al Qaida« derart breit gefaßt und verschwommen, daß sie geradezu bedeutungslos wird. Das Dokument räumt ein, daß die Al Qaida eine lose gefügte Organisation ist, die aus zahlreichen verschiedenen Gruppierungen besteht. Selbst wenn sich die drei Genannten in irgendeiner Weise zur Al Qaida bekannt hätten, würde dies an sich noch nicht beweisen, daß die Al Qaida oder bin Laden persönlich die Anschläge vom 11. September geplant oder angeordnet hätten. Und schließlich wird die bloße Behauptung aufgestellt, es gebe Beweise für eine Verbindung der drei zur Al Qaida, doch das Dokument nennt sie nicht.

Vater Bush beim Bin-Laden-Clan

Gerade die Bush-Regierung bewegt sich auf dünnem Eis, wenn sie unbestimmt von »Verbindungen« zwischen bin Laden, bin Ladens Verbündeten und verschiedenen anderen Individuen spricht. Ausgerechnet das Wall Street Journal berichtete am 27. September, es gebe dokumentierte Verbindungen zwischen führenden Figuren der Republikanischen Partei – unter ihnen George W. Bushs Vater, der ehemalige Präsident – und der Familie bin Laden. Das Journal schrieb: »Im Rahmen seiner weitgespannten Geschäftsinteressen investiert der wohlbestallte saudiarabische Clan – der sich nach eigenen Angaben von Osama losgesagt hat – in einen Fonds, den die Carlyle Group gegründet hat, eine gut eingeführte Handelsbank in Washington, die sich auf Übernahmen von Unternehmen der Verteidigungs- und Luftfahrtindustrie spezialisiert hat. ... Durch diese Investitionen und ihre Verbindungen zum saudischen Königshaus lernte die Familie bin Laden einige Spitzenpolitiker der Republikanischen Partei kennen. In den letzten Jahren sind der ehemalige Präsident Bush, der ehemalige Außenminister James Baker und der ehemalige Verteidigungsminister Frank Carlucci zur Hauptresidenz der Familie bin Laden in der saudiarabischen Stadt Jeddah gepilgert.«

Hinsichtlich der Ereignisse vom 11. September werden in dem von Blair vorgelegten Dokument noch weitere Behauptungen aufgestellt: Bin Laden habe persönlich kurz vor dem 11. September gesagt,

daß er einen großangelegten Angriff auf Amerika vorbereite und enge Verbündete aufgefordert, bis zum 10. September aus anderen Teilen der Welt nach Afghanistan zurückzukehren. Weiter heißt es: »Seit dem 11. September haben wir erfahren, daß einer der engsten und hochrangigsten Vertrauten bin Ladens für die detaillierte Planung der Angriffe verantwortlich war.« Auch hier wird ein Mann, der angeblich der Führungsspitze von bin Ladens Organisation angehört und direkt für den entsetzlichen Terror verantwortlich ist, nicht namentlich genannt. Weshalb nicht? Folgende aufschlußreiche Aussage schließt sich an: »Gewisse Beweise für die Schuld bin Ladens und seiner Verbündeten sind so beschaffen, daß sich ihre Veröffentlichung verbietet.« Ob sich die Verfasser des Papiers dessen bewußt sind oder nicht, dieser Satz ist ein stillschweigendes Eingeständnis, daß sie nichts vorgelegt haben, das »so beschaffen« wäre, daß es einen Zusammenhang zwischen bin Laden und den Anschlägen vom 11. September erkennen ließe.

Nur die Fatwa zitiert

Die Beweise hinsichtlich früherer Terroranschläge sind kaum stichhaltiger. Im Zusammenhang mit einigen bekannten Anschlägen werden Namen und Vorfälle angeführt, die aus gerichtlichen Aussagen einiger einzelner Angeklagter zusammengestellt wurden, die unter erheblichem Druck zustande gekommen waren. Um die augenfälligen Lücken zu schließen, wird im Rahmen eines ausführlichen Vorworts über die Geschichte der Al Qaida folgende Behauptung aufgestellt: »Osama bin Laden hat die Verantwortung für den Anschlag auf US-Soldaten in Somalia vom Oktober 1993 übernommen, bei dem 18 Personen getötet wurden, für den Anschlag auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania vom August 1998, bei dem 224 Menschen getötet und nahezu 5000 verletzt wurden, und stand in Zusammenhang mit dem Anschlag auf die USS Cole vom 12. Oktober 2000, bei dem 17 Besatzungsmitglieder ums Leben kamen und 40 weitere verwundet wurden.«

Tatsache ist, daß Osama bin Laden niemals die Verantwortung für diese Anschläge übernommen hat. Das Dokument enthält auch keine entsprechenden Zitate. Statt dessen wird der Leser auf diverse anti-amerikanische Aussagen und Bemerkungen bin Ladens verwiesen, in denen er die gegen die USA gerichteten Terroranschläge unterstützte. (Der Angriff auf amerikanische Soldaten in Somalia gehört überhaupt nicht in diesen Zusammenhang. Dieser Vorfall kann nicht als Terroranschlag im eigentlichen Sinne gewertet werden, denn die daran beteiligten Somalis griffen keine Zivilisten, sondern amerikanische Soldaten an und beteiligten sich damit am Widerstand gegen die amerikanische Besatzung ihres Landes. Darüber hinaus befanden sich

die US-Truppen gerade in einer aggressiven Aktion, um somalische Funktionäre zu fangen, die sich den Plänen Amerikas widersetzt hatten.)

Das in dem Papier selbst dargelegte Material widerspricht der Behauptung, daß bin Laden die Verantwortung für die genannten Terroranschläge übernommen hat. Als das Time-Magazin bin Laden Fragen über die Bombenangriffe auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) vom August 1998 stellte, wollte er die Verantwortung dafür weder übernehmen noch ablehnen. In seiner von der Zeitung zitierten Antwort wiederholte er einfach in anderen Worten seine Fatwa, gefolgt von der Erklärung: »Unsere Aufgabe besteht darin anzustiften. Das haben wir bei der Gnade Gottes getan, und bestimmte Leute haben auf diese Anstiftung reagiert.« Auf die Frage, ob er die Angreifer kenne, bezeichnete bin Laden sie einfach als »echte Männer«. So bedauerlich diese Aussagen auch sein mögen, sie stellen keine Übernahme der Verantwortung dar.

In Punkt 51 des Papiers wird von der Existenz von Dokumenten gesprochen, in denen eine getrennte Gruppe, die Islamische Armee für die Befreiung der heiligen Stätten, die Verantwortung für die Bombenanschläge auf die Botschaften in Ostafrika übernimmt. Diese nicht ins Bild passende Information wird mit der Bemerkung, es handele sich um eine »fiktive« Organisation, einfach beiseite gewischt.

Es gibt eine Stelle in dem Papier, die seiner eigenen Grundaussage widerspricht, daß aus Sicherheitserwägungen heraus keine spezifischen Beweise genannt werden könnten. In Punkt 14 des Dossiers wird behauptet, daß die amerikanische Regierung den Taliban »lange vor dem 11. September 2001« Beweise für Al Qaidas Schuld als Drahtzieher der Anschläge auf die ostafrikanische Botschaft überreicht habe. Wenn sich die US-Regierung in der Lage sah, den Taliban – die sie mittlerweile der Unterstützung einer globalen Mordagentur gegen Amerika beschuldigt – geheimdienstliche Erkenntnisse zu übermitteln, wie kann es dann sein, daß sie jetzt die Notwendigkeit von Geheimhaltung und Quellenschutz anführt, um zu rechtfertigen, daß sie ihren eigenen Bürgern und dem Rest der Welt entscheidende Beweise vorenthält?

In politischer Hinsicht ist derjenige Abschnitt von Blairs Dossier am aufschlußreichsten, der beansprucht, die historischen Wurzeln der Al Qaida und des Taliban-Regimes aufzuzeigen. Diese zusammengestückelte Geschichtsschreibung weist deutliche Lücken auf und läßt damit erkennen, daß sowohl die USA als auch Großbritannien entscheidende Tatsachen verschleiern wollen, weil aus diesen hervorgehen würde, daß die früheren und heutigen Regierungen in Washington und London für den Aufstieg bin Ladens und der Taliban ebenso ver-

antwortlich sind wie dafür, daß sich der von ihnen vertretene reaktionäre Nationalismus und religiöse Obskurantismus in ganz Zentralasien und dem Nahen und Mittleren Osten verbreitet hat.

Ausgangspunkt des Papiers ist das Jahr 1989, in dem bin Laden und andere die Al Qaida gegründet haben sollen. Auf diese Weise vermeiden die Verfasser elegant jeden Hinweis auf das vorangegangene Jahrzehnt, in dem die amerikanische CIA mit Hilfe des britischen Special Air Service die Mudschaheddin finanziert, ausgebildet und bewaffnet hatte. Dies geschah im Rahmen des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion, die 1979 in Afghanistan einmarschiert und zehn Jahre später wieder abgezogen war. Ein Partner, mit dem die Amerikaner zusammenarbeiteten, um den sowjetischen Einfluß zu untergraben, war Osama bin Laden.

Das ist die wirkliche Geschichte, die man kennen muß, um zu verstehen, weshalb die säkularen politischen Kräfte in Afghanistan vernichtet wurden und wie aus dem Nichts die Taliban aufstiegen. Ihre ideologischen und politischen Wurzeln liegen in den Mudschaheddin-Gruppen, die von den USA gezüchtet worden waren. (Die alte Verbindung zwischen den USA und den Taliban zeigte sich daran, daß Washington die Machtübernahme der Taliban 1996 zunächst stillschweigend unterstützte.)

Wenn diese unausgegorene Mischung aus unbewiesenen Behauptungen und Geschichtsfälschungen alles ist, was der Öffentlichkeit vorgelegt werden kann, dann gibt es dafür nur zwei denkbare Erklärungen: Entweder die US-Regierung hat keine Beweise für eine direkte Verbindung zwischen Osama bin Laden, den Taliban und den Anschlägen vom 11. September, oder sie kann die ihr vorliegenden Beweise nicht veröffentlichen, weil dadurch Individuen oder Organisationen mit den Anschlägen in Zusammenhang gebracht würden, die mit den Geheimdiensten Amerikas oder eines verbündeten Staates in Verbindung stehen.

Geostrategische Ziele

Die World Socialist Web Site (www.wsws.org) deckt den unaufrichtigen Charakter des Blair-Dossiers keineswegs deshalb auf, weil es bestrebt wäre, bin Laden oder die Taliban zu schützen oder für ihre Unschuld hinsichtlich der Angriffe des vergangenen Monats zu plädieren. Es ist durchaus möglich, daß sie an diesen Anschlägen beteiligt waren. Ihre Politik und ihre Methoden sind zutiefst reaktionär. Sie stehen den Interessen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Massen im Nahen Osten, in Zentralasien und in jedem anderen Teil der Welt feindlich gegenüber. Doch unsere Ablehnung des islamischen Fundamentalismus und Terrorismus mindert nicht im geringsten unsere Opposition gegen die Kriegführung der amerikanischen und der

britischen Regierung. Die Tatsache, daß sie der Öffentlichkeit keine ernst zu nehmenden Beweise für die Schuld derjenigen präsentieren, die sie zum Objekt ihrer Rache erkoren haben, ist von enormer Bedeutung. Sie zeigt, daß sie die Tragödie vom 11. September ausnutzen, um weltpolitische Pläne in die Tat umzusetzen, die schon seit langem bestehen. Sie versuchen ein Kriegsfieber zu schüren, damit sie ihre geostrategischen Ziele in den ölreichen Regio-

nen des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens mit Methoden verfolgen können, die vor dem 11. September politisch nicht durchsetzbar gewesen wären.

* Das Tony-Blair-Dossier ist nachzulesen auf der Website des britischen Regierungschefs: www.fas.org/irp/news/2001/10/ukreport.html

Ursachen, Verlauf und Perspektive des Afghanistan-Konfliktes

Dr. Matin Baraki

Vorbemerkung:

Seit der Beendigung des sowjetischen Militärengagements und vorallem seit der Machtübertragung an die Modjahedin-Banden ist Afghanistan wieder aus dem Fadenkreuz der internationalen Presseorgane verschwunden, außer wenn in und um Afghanistan spektakuläre Militärauseinandersetzungen stattfinden, die die Aufmerksamkeit plötzlich aber nur für einen kurzen Moment auf sich lenken. Die Ursache liegt darin, daß Afghanistan mit dem Wegfall der Sowjetunion seine frühere strategische Bedeutung in Mittelasien und vor allem in unmittelbarer Nachbarschaft zur UdSSR verloren hat. Afghanistan war stets Opfer seiner geostrategischen Lage. Obwohl die Banden der Modjahedin, die jahrelang auch von der BRD und anderen kapitalistischen Ländern finanziell, logistisch, politisch und propagandistisch unterstützt worden waren, im Jahre 1992 in Afghanistan mit unvorstellbarer Brutalität die Herrschaft übernahmen und in der Folgezeit in Kabul ein wahres Blutbad anrichteten wobei die afghanische Hauptstadt in Schutt und Asche versank, gratulierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker den neuen Machthabern in Kabul zum afghanischen Nationalfeiertag. Auch die Medien der BRD verstummten plötzlich, was Afghanistan betraf. Sie zeigten sich augenfällig uninteressiert am Schicksal des afghanischen Volkes, für das sie sich jahrelang so begeistert eingesetzt hatte. Noch im Jahre 1986 hatte Außenminister Genscher vor dem Bundestag erklärt, Afghanistan "darf nicht in Vergessenheit geraten" und "wir alle werden zu Afghanistan nicht schweigen". Tatsächlich gehört Afghanistan inzwischen zu den Waisenkindern der Weltpolitik. Selbst im "Jahrbuch Menschenrechte 1999", das in Zusammenarbeit mit Friedens- und Menschenrechtsorganisationen u.a. von Volkmar Deile, Generalsekretär der BRD-Sektion von AI mitherausgegeben wurde, beschäftigt sich

kein einziger Beitrag mit der Lage in Afghanistan, die von AI selbst als "die Menschenrechtskatastrophe" eingeschätzt wurde. Dies befremdet umso mehr, als das Umschlagfoto eine um ihre Angehörige trauernde Afghanin zeigt.

Verwunderlich ist dies allerdings nicht. Denn auch solche Gruppierungen wie auch manche sogenannte Linke haben den Modjahedin die Stange gehalten und verstecken sich nun verschämt, als ob sie mit ihnen nie zu tun gehabt hätten. Nun wird nach der Devise gehandelt: wo nichts zu holen ist, um das braucht man sich auch nicht zu kümmern. Unabhängig davon, wie man zum real existierenden Sozialismus gestanden haben mag, an keinem anderen Beispiel als Afghanistan wird dessen Bedeutung für die internationale Politik so deutlich.

I. Die sozio-ökonomische Lage Afghanistans am Vorabend der April-Revolution

Nach der UNO-Definition von 1971 gehörte Afghanistan zu den 25 am wenigsten entwickelten Ländern (least developed countries). Auf eine Fläche von 652.660 Qkm (das zweieinhalbfache der alten BRD) lebten ca. 17 Mio Menschen, unter feudalen bzw. vorfeudalen Verhältnissen. Die Besitzverhältnisse an Grund und Boden verteilten sich so, daß ca. 5% Großgrundbesitzer über ca. 50% des Bodens, im Norden des Landes sogar 2% über 70% des Bodens verfügen. Annähernd 85% der Menschen lebten auf dem Land als Bauern, Landarbeiter, Tagelöhner, Viehzüchter usw.; es existierte teilweise Leibeigenschaft, die Großgrundbesitzer verfügten über eigene Gefängnisse.

Eines der größten Probleme des Landes stellte der Analphabetismus dar. Etwa 97 % der Menschen - bei Frauen lag die Quote noch darüber - konnten weder lesen noch schreiben. Von einer Stellung der

Frau im öffentlichen Leben konnte daher - wie in allen traditionellen islamischen Gesellschaften - überhaupt keine Rede sein. Erst mit der April-Revolution 1978 änderte sich die Stellung der Frauen sichtbar. Desgleichen konnte in Afghanistan vom Bestehen einer Arbeiterklasse im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden. Im Jahre 1345 (1966/67) waren landesweit lediglich 88 Industriebetriebe registriert, in denen 23.436 Personen beschäftigt waren. Die Gesamtzahl aller arbeitenden Menschen betrug im Vergleich dazu ca. 3,8 Mio. Nur 0,6% aller Erwerbstätigen waren in der industriellen Produktion beschäftigt, deren Zahl bis 1978 auf 40.000 angewachsen war. Präsident H. Amin sprach erst nach der Revolution von 5% Werktätigen in der afghanischen Industrie. Wegen der großen Analphabetenrate und der Herkunft der Werktätigen, sie entstammten der Schicht der von Landflucht betroffenen Handwerker und Bauern, die eng mit dörflichen Traditionen und der Religion verbunden waren, kann von einem Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft nicht ausgegangen werden.

Die Hauptursachen für die Stagnation der Produktivkräfte waren die ökonomische und politische Herrschaft der Feudalherren, die Raffgier der Großschieber, der Kompradorenbourgeoisie, die durchweg verfaulte Bürokratie und die Aktivitäten der internationalen Monopole, deren Interessen im Widerspruch zu denen der Volksmassen Afghanistans standen. Festzustellen bleibt noch, daß keine Regierung Afghanistans bis zum April 1978 auch nur annähernd die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen konnte. "Aufeinander folgende Regierungen waren daran gescheitert, die Völker Afghanistans zu alphabetisieren, hatten nicht vermocht, Respekt und eine bessere Lage für Frauen durchzusetzen, oder versäumt, dem Land irgend eine substanzielle Regierungs- oder industrielle Infrastruktur zu geben." Hinzu kam noch die Dürreperiode von 1971/72, infolgedessen Millionen Menschen verhungerten und der politische Terror der Islamisten bzw. des Geheimdienstes dem namhafte Politiker und Repräsentanten der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) zum Opfer fielen. Dies waren die objektiv gesetzmäßigen Voraussetzungen der Aprilrevolution von 1978 unter der Führung von Teilen der DVPA.

II. Revolution und Konterrevolution

Die DVPA, aus der volksdemokratischen Bewegung hervorgegangen, wurde am 1.1.1965 in der Illegalität gegründet und hatte vor der Revolution ca. 18.000 Mitglieder. Diese rekrutierten sich hauptsächlich aus städtischen, kleinbürgerlichen Intellektuellen mit vagen Vorstellungen der marxistischen Theorien. Die Partei spaltete sich schon am 4.5.1967 wegen aufgebrochener Rivalitäten in der

Führung um Positionen, wegen Meinungsverschiedenheiten über den Charakter einer künftigen Revolution, über die Bündnisfrage in der Etappe der national-demokratischen Revolution und über die nationale Frage - also lauter Kinderkrankheiten - und dies konnte erst am 3.7.1977 formal beendet werden.

Im Jahre 1973 hatten die der DVPA angehörigen Militäroffiziere, gegen die Monarchie geputscht und dem Präsidenten Daud zur Macht verholphen. Nachdem dieser alle linken Kräfte peu à peu von allen wichtigen Positionen ausgeschlossen hatte und im Frühjahr 1978 zur offenen Repression gegen die Parteiführung der DVPA ansetzte - die gesamte Parteiführung bis auf wenige Ausnahmen verhaften ließ, einige wurden auf offener Straße ermordet - kam es am 27. April 1978 zum militärischen Aufstand gegen das Daud-Regime. Die Militärs befreiten die Parteiführung und übertrugen ihr die Leitung des Staates, die dann erste revolutionäre Maßnahmen in Angriff nahm. Die Revolutionsregierung begann 1978 mit der Realisierung von Reformmaßnahmen, wie der Bodenreform, der Regelung von Ehe- und Scheidungsangelegenheiten, der Alphabetisierung, um die feudalen und halbfeudalen Strukturen aufzubrechen. Sie wurden jedoch ohne Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen in Afghanistan durchgeführt. Es kam zur Zwangs-Alphabetisierung, außerdem wurde den Mädchen und Frauen oktroyiert gemeinsam mit Männern an den Kursen teilzunehmen. Bei der Umsetzung der Bodenreform wurden gleichfalls gravierende Fehler gemacht, insbes. wurden die Bauern weder politisch noch materiell darauf vorbereitet. Die Stammesstrukturen blieben unberücksichtigt. Des öfteren sind die Großgrundbesitzer auch Stammesführer, von daher ist es wesentlich problematischer, ihr Land an die Stammesmitglieder zu verteilen. Sämtliche Regierungsfunktionen wurden an Parteimitglieder vergeben, ohne Rücksicht auf deren Qualifikation. Viele Fachkräfte, die nicht der Partei angehörten, wurden ihrer Funktion enthoben und in die Emigration getrieben. Entgegen den im Parteiprogramm formulierten Grundsätzen wurde ein breites Bündnis der national-demokratischen Kräfte nicht angestrebt. Alle genannten Punkte zusammengekommen und die defacto weiter bestehende Spaltung der Partei, führten natürlich zur Stärkung der Konterrevolution und Ende 1979 war die Lage der Regierung so hoffnungslos, daß sowjetische Militärhilfe unumgänglich schien, um aus Afghanistan nicht ein zweites Chile machen zu lassen. Insgesamt 14 mal wurde von afghanischer Seite u.a. in einem Telefongespräch am 18. März 1979 zwischen den Präsidenten N.M. Taraki und A.S. Kossygin die sowjetische Seite um Hilfe ersucht. Mit dem sowjetischen Militärengagement seit dem 27.12.1979, basierend auf Art. 4 des afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages und Art. 51 der UN-Charta,

gewann der innerafghanische Konflikt eine neue Qualität. Dieser wurde internationalisiert und zunächst verdeckt, später ganz offensichtlich von den meisten westlichen Ländern u.a. der BRD und ihrer regionalen Verbündeten vor Ort unterstützt. In seinen unlängst erschienen Memoiren gab der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates, zu: "die amerikanischen Geheimdienste haben den afghanischen Modjahedin sechs Monate vor der sowjetischen Intervention zu helfen begonnen." Vom ehemaligen Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski wurde das auf Anfrage eines Journalisten von Le Nouvel Observateur wie folgt bestätigt: "Ja. Nach der offiziellen Version der Geschichte hat die Hilfe der CIA an die Modjahedin angefangen im Laufe des Jahres 1980, d.h. nachdem die sowjetische Armee am 24.[sic!] Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert war. Aber die Realität, bis jetzt geheimgehalten, ist eine ganz andere. Es ist tatsächlich der 3. Juli 1979, daß Präsident Carter die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die Opponenten des prosovietischen Regimes in Kabul unterzeichnet hat. Und an diesem Tag habe ich dem Präsidenten eine Notiz geschrieben, in der ich ihm erklärte, daß meiner Ansicht nach diese Hilfe eine militärische Intervention der Sowjets zur Folge haben würde." Er führt weiter aus: " Wir haben die Russen nicht gedrängt zu intervenieren, aber wir haben die Möglichkeit, daß sie es tun wesentlich erhöht." Ab dieser Zeit wurden unmittelbar unter der Regie des US-Geheimdienstes CIA und dessen pakistanischer Bruderorganisation Inter Service Intelligence (ISI) die Islamisten zu schlagkräftigen, bewaffneten Organisationen umstrukturiert. Der Führer der Islamischen Partei, "Gulbuddin Hekmatjar, der Mann, der für alle wichtigen Geheimdienste dieser Welt arbeitete, der Tausende von Menschenleben auf dem Gewissen hat," war der Favorit von CIA/ISI unter allen sieben aus Pakistan operierenden islamischen Gruppen. Dem Spiegel zu Folge sind die Islamisten in den ersten zehn Jahren des Bürgerkrieges in Afghanistan offiziell mit "mehr als zwei Milliarden US-Dollar hochgerüstet worden." Allein "seit 1987 wurden von den USA jährlich über 65 000 Tonnen Waffen nach Afghanistan gebracht." Der Löwenanteil dieser für das afghanische Volk todbringenden Hilfe, nämlich "60 Prozent der jährlich bis zu 700 Millionen Dollar US-Hilfe für den afghanischen Widerstand" ging bis Ende 1991 über ISI an G. Hekmatjar.

Von der Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow blieb auch der Afghanistan-Konflikt nicht unberührt. Zunächst wurde B. Karmal, dessen Politik als Hemmnis für die Lösung des Konfliktes in und um Afghanistan angesehen wurde, am 5. Mai 1986 als Generalsekretär der DVPA und am 21. November desselben Jahres von all seinen anderen Funktionen entbunden. An seiner Stelle wurde Dr. Nadjibullah, zuvor Präsident des

Staatlichen Nachrichten Dienstes, Chedamate Aetlaate Daulati (ChAD), zum Vorsitzenden des Revolutionsrates und zum Generalsekretär der DVPA gewählt. In einem zweiten Schritt wurde der Abzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan angeordnet, der am 15.2.1989 abgeschlossen wurde. Aufgrund dieser neu entstandenen Situation glaubten die Modjahedin und ihre internationalen Verbündeten, ihre Stunde wäre gekommen, die nun allein stehende afghanische Armee zu besiegen und damit die so ungeliebte Regierung in Kabul hinwegzufegen. "Nadjibullah würde sich ohne sowjetische Armee keine vier Wochen an der Macht halten können", so lauteten die Prognosen der internationalen Presseagenturen. "Die Mudschahedin 'kontrollieren' große Teile des Landes, waren aber bisher nicht in der Lage, auch nur eine einzige bedeutende Stadt in Afghanistan zu erobern. Die im pakistanischen Exil von Peshawar gebildete 'Afghanische Interims-Regierung' der sieben wichtigsten Mudschahedin-Parteien konnte daher nicht ihren Sitz in Afghanistan nehmen. Die Autorität dieser 'Regierung' verschwindet von Monat zu Monat. [...] Von den Machenschaften der Politiker in der Etappe zunehmend angewidert, haben viele Mudschahedin Kommandeure in Afghanistan damit begonnen, in den von ihnen beherrschten Gebieten eigene Verwaltungen aufzubauen und sich um die Exil-Politiker in Peshawar nicht mehr zu scheren."

Hätten die Modjahedin ihren "Regierungssitz" nach Afghanistan verlegen können, wären sie zumindest von den westlichen Staaten und ihren regionalen Verbündeten international anerkannt worden - mit allen völkerrechtlichen Konsequenzen. Dazu waren sie offensichtlich nicht in der Lage und die Ungeduld ihrer Mentoren schien zu Ende zu sein. Nun " müßten möglichst bald alle antikommunistischen afghanischen Gruppen zusammengerufen werden, damit sie sich endlich einigen, was sie eigentlich wollen" so lautete die Forderung eines FAZ-Leitartiklers. Diese Aufforderung blieb nicht lange ohne Resonanz. Anfang August 1990 leiteten die Modjahedin eine neue Offensive gegen die ostafghanische Provinzhauptstadt Djalal Abad ein. Und im Oktober 1990 starteten sie eine weitere Offensive gegen die Regierungstruppen. Beides ging gründlich daneben. Im Gegenteil, sowohl in der südlichen Provinzhauptstadt Chost als auch in Djalal Abad wurden die Modjahedin vernichtend geschlagen.

Um den UN-Plan zur politischen Lösung des Konfliktes zum Erfolg zu verhelfen, stellte Präsident Nadjibullah sein Amt zur Disposition, sowie seine Bereitschaft das Land zu verlassen. Als Teile der Partei-, der Staats- und der Armeefunktionäre seine Weisungen nicht mehr befolgten - hier sei die Parteigruppe um Außenminister Abdul Wakil und den Milizführer Abdul Raschid Dostum hervorgehoben - und ihn an der Ausreise hinderten, flüchtete er in die Kabuler UN-Vertretung. Die neue Führung um Au-

Benminister A. Wakil und Nadjibullahs Nachfolger A.R. Hatef hatte beschlossen, die Macht an die Modjahedin zu übertragen, was auch im April 1992 geschah. Sebghatullah Modjadedi, der Exil-Präsident der Modjahedin wurde erster Präsident des Islamischen Staates Afghanistan. Der vom Volk heiß ersehnte Frieden kehrte aber mit dieser Machtübertragung nicht zurück.

Nach dieser Kapitulation der Führung der DVPA und der Machtübertragung an die Islamisten, gelang es den Islamisten nicht, wegen der Priorität eigener politischer und ökonomischer Interessen, das Land gemeinsam zu regieren. Im Gegenteil, der Krieg wurde im wahrsten Sinne des Wortes gegen das afghanische Volk und unter den Islamisten selbst mit einer nie dagewesene Brutalität fortgesetzt. Die Weltöffentlichkeit hat dies kaum wahrgenommen, aber "die letzten Nachrichten aus der afghanischen Hauptstadt Kabul lassen selbst den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beinahe als als harmlosen Konflikt erscheinen: 3 000 bis 4 000 Tote, 200 000 Flüchtlinge, eine Stadt ohne Wasser, Strom und Lebensmittel." Die großen Städte u.a. die Stadt Kabul wurden in Schutt und Asche gelegt. Die Beobachter sprachen von der Einäscherung Kabuls. Was von ihr noch übrig geblieben war, wurde in sechs Einflußbereiche der verschiedenen Islamisten zerlegt, die Grenzen der Einflußbereiche vermint und die Stadt bombardiert, bis nur noch Ruinen übrig waren. Die Bevölkerung stand macht- und fassungslos angesichts dieser Geschehnisse und konnte nicht verstehen, warum ausgerechnet die glühenden Verteidiger des angeblich zuvor so gefährdeten Islams nun gegen einander Krieg führten, mit allen Folgen für die Zivilbevölkerung.

Die Islamisten registrierten dies und befürchteten ihren Einfluß und Autorität bei der Bevölkerung ganz zu verlieren und sich somit zu isolieren. Die "Islamische Karte" hatte damit ihre Funktionsfähigkeit eingebüßt. Also begannen die Modjahedin jetzt die "Nationalitäten-Karte" einzubringen, die ebenfalls in die Sackgasse führte. Denn der Krieg wurde unvermindert weitergeführt, nur unter der Flagge des Stammes bzw. der Volksgruppe, jedoch ohne Perspektive und ohne der Erfüllung des Auftrages, der den Modjahedin seitens ihrer internationalen Mentoren übertragen worden war näher zu kommen: Nämlich die völlige Kontrolle des Landes, wenn auch nur eine Art Friedhofsruhe damit verbunden sein sollte, die eine Öffnung der Handelswege von Pakistan nach Mittelasien ermöglichen würde. Dieses historische Versagen der Islamisten stand im Widerspruch zu den politisch-ökonomischen Interessen ihrer ausländischen Auftraggeber. Denn nach deren Auffassungen sollte ein mit den USA und Pakistan eng kooperierendes Regime in Afghanistan, stabile politische Verhältnisse schaffen, um die ökonomische Konzeption des US- und des pakistanischen Kapitals in der Region des Mittleren Ostens

- insbesondere in den mittelasiatischen Republiken - zu realisieren. Da war die Geburtsstunde für die Taleban gekommen.

III. Die politisch-ökonomischen Beweggründe zur Entstehung der Taleban-Gruppe

Hätten die Modjahedin ihren oben genannten Auftrag erfüllen können, wären die Taleban nie zustande gekommen. Das historische Versagen der Modjahedin war die Geburtsstunde der Taleban als organisierte Kampfeinheit auf dem Kriegsschauplatz Afghanistan.

Obwohl die Taleban erst im September 1994 öffentlich auftauchten, wurden sie nach Angaben von General Aslam Beg, dem ehemaligen Generalstabschef Pakistans, schon 1985/86 im Nordosten Afghanistans als Kampftruppe aufgestellt. Sie waren zunächst dort an den "Madrasah" d.h. religiöse Schulen sowohl religiös-fundamentalistisch und militärisch ausgebildet worden. Der französische Afghanistanexperte Olivier Roy beobachtete schon im Sommer 1984 die Aktivitäten der Fronten der Taleban in den südlichen Regionen Afghanistans, Orusgan, Sabul und Qandahar. Dort "handelte sich im Prinzip um die Umwandlung einer ländlichen Madrassa in eine militärische Front." Rekrutiert wurden sie u.a. aus der Reihen der Waisenkinder Afghanistans in den Flüchtlingslagern in Pakistan. Sie wurden unter unmittelbarem Kommando der pakistanischen Armee und des Geheimdienstes ISI je nach Bedarf bei den verschiedenen Modjahedin-Gruppen eingesetzt. General Beg zu Folge sind die Madrasahs "großzügig von den Regierungen Pakistans und Saudi-Arabiens und vielleicht der USA finanziert worden."

Für die Entscheidung, die Taleban als selbständige militärische Formation in den afghanischen Bürgerkrieg einzusetzen, waren m.E. folgende Aspekte ausschlaggebend:

1. Zuvor wurden die Führer der in Afghanistan rivalisierenden Modjahedin vom Auswärtigen Ausschuß des US-Kongresses zu einem Gespräch nach Washington zitiert. Die Modjahedin schickten entweder ihre zweitrangigen Führungsmitglieder oder folgten dieser "Einladung" erst gar nicht. Den anwesenden Modjahedin wurde zum ersten Mal ein Plan vorgelegt zur Durchführung eines Pipeline-Projektes von den Welt drittgrößten Reserven an Öl und Gas in Mittelasien durch Afghanistan zum Indischen Ozean, worum seit 1990 die größten westlichen Ölkonzernen einen "gnadenlosen Kampf" führen. Sie wurden aufgefordert, sich so bald wie möglich zu verständigen, um die Verwirklichung des Projektes nicht zu verzögern. Die Vertreter der Modjahedin versprachen der US-Seite, den Afghanistan-Konflikt bald friedlich lösen zu wollen, ein Versprechen das

bis heute nicht eingelöst ist. Danach überfielen - scheinbar aus dem Nichts entstandene - gut organisierte militärische Einheiten, nun als Taleban bekannt von Pakistan aus, im September 1994 die afghanische Stadt Qandahar. Dies war der Beginn eines erneuten Versuchs einer militärischen Lösung des Afghanistan-Konfliktes, die von den USA und ihren regionalen Verbündeten bevorzugt wurde. Die historische Mission der Taleban wurde darin gesehen, ganz Afghanistan zu besetzen, um die Bedingungen für die Realisierung der ökonomischen, politischen und ideologischen Projekte der USA, Pakistans und Saudi-Arabiens zu schaffen. Hinzu kam noch das spezifische geostrategische Interesse Pakistans am Nachbarland. "Am liebsten wäre uns eine Marionettenregierung in Kabul, die das ganze Land kontrolliert und gegenüber Pakistan freundlich eingestellt ist," stellte ein pakistanischer Stratege fest.

2. G. Hekmatjar, der Super-Modjahed der USA und ihr Verbündeter im Afghanistan-Konflikt fiel durch seine zunächst allgemein antiwestlichen Äußerungen und schließlich durch seine verbale Unterstützung Sadam Husseins während des Golfkrieges im Jahre 1991 in Ungnade.

3. Der mittelasiatische Markt wurde als nicht zu vernachlässigendes Exportfeld für pakistanische Produkte angesehen, der einzige Transitweg dahin führt bekanntlich über afghanisches Territorium. Nach einem Treffen mit Vertretern saudi-arabischer und US-amerikanischer Ölgesellschaften, forderte der pakistanische Ministerpräsident Nawaz Sharif die Taleban ultimativ auf, die Besetzung ganz Afghanistans bis Ende des Sommers 1997 abzuschließen. Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß die Kampfeinsätze der Taleban von pakistanischen Piloten geflogen wurden, um der Aufforderung N. Sharifs Nachdruck zu verleihen. "Auf sich gestellt, könnten die Taliban nicht einmal ein Dorf erobern," wurde festgestellt.

4. Sowohl die USA als auch Saudi-Arabien wollen auf jeden Fall den ideologischen Einfluß ihres Rivalen Iran in Afghanistan eindämmen. Nach dem die Unfähigkeit der anderen Modjahedin-Gruppen, die an sie gestellten Aufgaben erfolgreich zu Ende zu bringen, sich erwiesen hatte, wurde diese Aufgabe nun den Taleban übertragen.

Obwohl die USA jeglichen Kontakt zu den Taleban geleugnet haben, sind viele Afghanistan-Experten der Meinung, daß die Vereinigten Staaten engste politische Verbindungen zu den Taleban unterhalten. Nach einer Meldung des "Guardian" gab es regelmäßig gegenseitige Besuche auf hoher Ebene. Mitte 1996 nahmen hochrangige Talebanführer an einer Konferenz in Washington teil. Kurz bevor die Taleban Djalalabad besetzten, führten hohe Beamten des US-Außenministeriums Gespräche mit ihren Führern in Qandahar, wo sich das Hauptquartier der Taleban befindet.

IV. Die Taleban und die Perspektive des Afghanistan-Konfliktes

Ungeachtet bisheriger als relativ einzuschätzender Erfolge der Taleban auf dem Kriegsschauplatz Afghanistan, sprechen folgende Faktoren für die Perspektivlosigkeit dieser Söldnertruppe:

- Als die Taleban ihren Eroberungsfeldzug in Afghanistan am 27. September 1996 mit der Einnahme der Hauptstadt Kabul fortsetzten, versprach die US-Administration, ihnen Unterstützung zu geben. Die für Südasien zuständige Staatssekretärin in US-Außenministerium, Robin L. Raphel, kündigte die Anerkennung des Talebanregims und die Wiedereröffnung der in der sonst zerstörten Stadt Kabul völlig intakten US-Botschaft an. Der Vizepräsident der amerikanischen Ölgesellschaft Unocal Corp Chris Taggart bezeichnete die Eroberung Kabuls durch die Taleban als "positive Entwicklung" und forderte die US-Regierung auf, das Talebanregime anzuerkennen. Die politischen Beobachter gingen davon aus, daß sich die Taleban in Afghanistan etablieren werden. Jedoch unabhängig von der territorialen Ausdehnung ihrer Herrschaft haben die Taleban nicht die Bedingungen schaffen können, um die Realisierung der ökonomischen Vorhaben ihrer ausländischen Mentoren abzusichern. Die "wichtigste Funktion der Taleban", die Absicherung des Weges für den Bau einer Gas- und Ölpipeline in Höhe von 1,9 Mrd. \$ vom turkmenischen Daulatabad in Mittelasien durch Afghanistan nach Moltan in Pakistan bzw. zum Indischen Ozean, ist gescheitert. Die Unocal Corp. mit 54% am amerikanisch-saudischen Konsortium Centgas beteiligt, die seit 1996 "aggressiv für ihr Projekt geworben und u. a. Henry Kissinger als Berater eingestellt" und "die Anerkennung einer 'etablierten Regierung' in Afghanistan durch die USA und die Uno" verlangt hatte, hat inzwischen wegen "Verschlechterung der politischen Bedingungen in Afghanistan" den Afghanistan-Plan verworfen. Damit haben die Taleban ihre zentrale strategische Funktion verloren.

- Die afghanische Bevölkerung, die mit jeder neuen Bewegung Hoffnungen für einen Frieden in Afghanistan verband, ist inzwischen davon überzeugt, daß die Taleban Marionetten des pakistanischen Regimes sind. In Afghanistan werden viele Sprachen gesprochen, von den beiden Hauptsprachen Dari und Paschto beherrschen die Kommandanten der Taleban nur einen ganz bestimmten Dialekt des Paschto, und im Falle einer Besprechung mit der Bevölkerung muß ein afghanischer Dolmetscher herangezogen werden.

- Die politisch-militärischen Gegner der Taleban, die Nordallianz, unter dem Kommando von A.S. Masud, ist nicht geschlagen. Inzwischen hat sie so-

gar Teile der zuvor verlorenen Gebiete im Norden und in Zentralafghanistan zurückerobert. Hinzu kommt, daß auch sie internationale Verbündete hat, wie den Iran und einige mittelasiatische Republiken, die Türkei und Russland, die die Taleban als Gefahr für ihre Länder bzw. ihre eigenen Interessen ansehen, hinsichtlich der Öl- und Gasreserven Mittelasiens.

- Ungeachtet der territorialen erfolgreichen Ausdehnung des Herrschaftsbereiches der Taleban, sind sie immer noch nicht in der Lage, das Land vollständig zu kontrollieren; wobei selbst bei einer völligen Besetzung Afghanistans der Krieg nicht beendet wäre. Dieser dürfte nur einen anderen Charakter annehmen, nämlich des Partisanenkampfes.

- Die Taleban sind international isolierter denn jemals zuvor. Sie haben inzwischen einen ihrer Hauptverbündeten, nämlich die USA verloren. Nicht etwa wegen der Verletzung der Frauenrechte, wie manche naive Kommentatoren behaupten, sondern weil sie nicht in der Lage waren, die Realisierung des Pipeline-Projektes der Unocal/Delta Oil abzusichern.

- Die Herrschaftsmethoden der Taleban, die angeblich islamisch begründet sein sollen, sind den Afghanen wesensfremd. Die äußerste Frauenfeindlichkeit, wird dokumentiert im Berufsverbot, durch Verstümmelung und Abhacken der Gliedmaßen der mit Henna bemalten bzw. lackierten Frauenfingernägel, durch Entführungen und Weiterverkauf von Frauen an Araber, durch Vergewaltigung und Steinigung. Dies alles steht in diametralen Widerspruch zu Kultur und Tradition der afghanischen Völker.

- Seit der Besetzung Afghanistans durch die Taleban, existieren im Lande keinerlei funktionsfähigen Staatsapparat oder Verwaltung. Das Bildungswesen wird als überflüssig erachtet, und das Gesundheitswesen ist faktisch zusammengebrochen. Es ist nur dort einigermaßen intakt, wo internationale Organisationen Regie führen. Wegen der Vorschrift, daß Frauen nur von Frauen behandelt werden dürfen, sind auch dort weibliche Ärzte und weibliche Hilfskräfte " einer brutalen Behandlung auf einer fast alltäglichen Basis ausgesetzt". Alles andere sind ad-hoc-Maßnahmen, die nach Lust und Laune des jeweiligen Kommandanten umgesetzt werden. Es herrscht eine Gesetzlosigkeit, die in der afghanischen Geschichte einmalig ist!

- Die islamischen Gruppierungen u.a. die Taleban werden in Afghanistan nur dann eine Perspektive haben, wenn sie sich auf einer breiten Basis zusammenschließen würden. Unter der Berücksichtigung der Geschichte und der Gegenwart dieser Gruppierungen spricht aber alles gegen eine solche Möglichkeit.

- Die bis jetzt mehrfach getroffenen Vereinbarungen zwischen den Taleban und ihren Gegnern, um zu einer friedliche Lösung des Bürgerkrieges zu kommen, scheiterten kläglich. Obwohl sich Mitte März 1999 in der turkmenischen Hauptstadt Aschgabad sich die Vertreter von Taleban und Nordallianz auf die Grundprinzipien einer vereinten und repräsentativen Regierung geeinigt hatten, begannen schon am 10. April erneut bewaffnete Auseinandersetzungen, denen am 16.4. eine große Offensive der Taleban folgte.

V. Eine Perspektive für Afghanistan auch ohne Taleban

Afghanistan hätte dann eine Perspektive, wenn es gelingen könnte, eine zivile Regierung auf breiter Basis unter der Berücksichtigung der Vielvölkerstaatlichkeit des Landes und der existierenden bewaffneten Gruppierungen zu bilden. Dies kann gelingen, wenn die ausländische Einmischung, die den Afghanistan-Konflikt lenkt, aufhörte, und unter der Federführung der UNO oder - noch besser - der Nichtpaktgebundenen Staaten, deren Mitgiled Afghanistan immer noch ist, Bedingungen für einen zivilen Aufbau geschaffen werden könnten. Die Aufgaben, die eine künftige afghanische Regierung vor sich hätte, sind so immens, daß sie ohne nennenswerte internationale Hilfe unmöglich, gelöst werden könnten. Allein die Räumung der 10 bis 11 Mio. Landminen, die im Laufe des Bürgerkrieges das Land wie eine Teppich bedecken, kann ohne internationale Unterstützung nicht geleistet werden. Mit der Kapazität der jetzigen Minenräumkommandos braucht man 400 Jahren um Afghanistan von diesen noch auf unabsehbare Zeit Teufelsprodukten zu befreien. Das wäre u.a. die allererste notwendige entwicklungspolitische Maßnahme um Afghanistan für sein geschundenes Volk wieder bewohnbar zu machen. Angesichts der Verantwortung der BRD bei der indirekten Mitwirkung der Zerstörung Afghanistans durch die Jahrzehnte Unterstützung der Modjahedin, ist die Bundesregierung moralisch wie politisch verpflichtet bei einem Wiederaufbau Afghanistan tatkräftig mitzuwirken.

Anmerkung:

Dr. Matin Baraki ist Lehrbeauftragter für Internationale Politik an der Philipps - Universität Marburg.

- Autor: Matin Baraki
- © Philosophischer Salon
- Quelle: Kalaschnikow - Das Politmagazin
- Ausgabe 13, Heft 2/99, 85ff.

Kriegspropaganda

Lügen für den Sieg

Von Christoph Schult

Nie zuvor war es für Journalisten so schwierig, einen Krieg zu beschreiben wie jetzt in Afghanistan. Die Berichtersteller sind den Propagandisten der Kriegsparteien ausgeliefert. Ihre Methoden zur Manipulation der Medien haben die Militärs in den vergangenen 150 Jahren zur Perfektion gebracht.

Berlin - Als am Sonntagabend um 18.27 Uhr der Krieg begann, flimmerten die Fernsehschirme grünlich und der US-Sender CNN nannte seine Bilder aus der afghanischen Hauptstadt Kabul "exklusiv". Sie waren so exklusiv, dass Fernsehstationen rund um die Welt sie abfingen und ebenfalls sendeten, gemeinsam mit Untertiteln nach der Art von "Amerika schlägt zurück".

So führen die USA Krieg gegen die Taliban und die Welt guckt zu - oder auch nicht. Denn was sie sieht, ist noch weniger als im Golfkrieg vor zehn Jahren, wo die Blitze der irakischen Flugabwehr auf den Bildschirmen immerhin deutlich zu sehen waren.

So unbrauchbar die Bilder, so unsicher ist auch, ob die Informationen stimmen, welche die Kriegsparteien verbreiten lassen. Wer kann schon überprüfen, ob wirklich 25 Zivilisten durch die Angriffe getötet wurden, wie die Taliban-Presseagentur AIP am Morgen nach dem ersten Luftangriff berichtete? Auch wenn US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld das dementiert, heißt es noch lange nicht, dass er die Wahrheit sagt.

Denn die "Wahrheit ist das erste Opfer des Krieges", sagte schon der britische Schriftsteller Rudyard Kipling zu Zeiten der britischen Kolonialkriege. Einseitige Berichte und gezielte Desinformation gehören seit 150 Jahren zum Kriegshandwerk. Die Militärs wollen damit den Gegner verunsichern, die eigenen Truppen moralisch aufbauen und den Krieg vor der eigenen Bevölkerung rechtfertigen. Die Militärzensur verhindert meistens erfolgreich, dass die Öffentlichkeit erfährt, was wirklich geschieht. "Im Kriege ist die Wahrheit so kostbar, dass sie immer von einer Leibwache von Lügen umgeben sein sollte", riet auch der britische Kriegspremier Winston Churchill.

Die Manipulation der Kriegsberichterstattung ist so alt wie der Beruf des Kriegsreporters. Der erste unabhängige Journalist, der auf eigene Faust an die Front ging, war im Jahre 1854 der Brite William Howard Russell. Er berichtete während des Krim-Krieges für die "Times" vom Leiden und Sterben der Soldaten und löste damit an der Heimatfront öffentliche Empörung aus. Russell wurde des Hochverrats verdächtigt. Am 20. Februar 1855 schickte Prinz Albert dann den Fotografen Robert Fenton samt mobiler Dunkelkammer auf die Krim. "No dead Bodies", lautete seine Anweisung, nur die positiven Seiten des Krieges sollte er abbilden. Auch Napoleon habe seine Siege nicht nur dem militärischen Können zu verdanken, sondern vor allem der Begeisterung des Volkes,

meinte der Militärstrategie Carl von Clausewitz in seinem Buch "Vom Kriege".

Spätestens seit Vietnam wissen auch die US-Militärs, dass der Krieg zwar an der Front geführt, aber auch in der Heimat entschieden wird. Die Säulen der US-Invasion gerieten ins Wanken, als 1972 jenes Foto eines weinenden nackten Mädchens erschien, das nur knapp eine fehlgeschlagenen Napalm-Bombe der Amerikaner überlebt hatte. Erst dadurch wurde die Schere zwischen den militärischen Kommunikates und der mörderischen Wirklichkeit offenkundig.

Als US-Truppen 1983 die Karibik-Insel Grenada besetzten, sperrten sie die Journalisten kurzerhand aus. Wer heimlich vom Ort des Geschehens berichtete, wurde in Handschellen abgeführt. Eine Schlichtungskommission der US-Regierung empfahl ein Jahr später das so genannte Pool-System. Dabei verpflichteten sich die Militärs, einige wenige Journalisten an die Front zu bringen. Die Auserwählten müssen ihre Berichte vor Veröffentlichung einer "Sicherheitsüberprüfung" vorlegen und dann die anderen Reporter informieren. Somit ist zumindest bei Amerikas Kriegen amtlich sichergestellt, dass die zugelassenen Medien zu Multiplikatoren der Kriegspropaganda verkommen.

Die Briten hatten dieses System bereits 1982 im Falkland-Krieg angewendet. Sie lullten die Korrespondenten ein und ließen Fernsehreporter ihre Filme von den Truppschiffen der Royal Navy aus verschicken. "Die obersten Häuptlinge beriefen sich in ihren schwarzen Uniformen auf die ganze Autorität ihres Amtes und logen wie Gefreite", erinnert sich Peter Preston, Journalist des "Guardian".

Die US-Militärs probierten das Pool-System erstmals im Dezember 1989 aus, als US-Truppen in Panama einmarschierten, um General Manuel Noriega aus dem Amt zu jagen. Sie ließen die Pool-Reporter zwar ins Land, nicht aber an die Front. So konnten sie entweder gar nicht schreiben oder nur das, was die Presseoffiziere ihnen berichteten. Die meisten entschieden sich für das Letztere. Mit Leichtigkeit lancierten die Militärpropagandisten daraufhin erfundene Geschichten über den angeblichen Drogen- und Hurenkönig Noriega.

Die militärische Rechtfertigung für solche Manipulationen formulierte der Brite Arthur Ponsonby in seinem Buch "Lügen in Kriegszeiten" so: "In Kriegszeiten ist das Versäumnis zu lügen eine Nachlässigkeit, das Bezweifeln einer Lüge ein Vergehen und die Erklärung der Wahrheit ein Verbrechen."

Zur Perfektion brachten es die Sprecher der US-Armee im Golfkrieg gegen den Irak. Eine Armada aus 150 Pressesoldaten und etlichen gekauften Lobbyisten hielten erfolgreich die Fiktion von einem sauberen, unblutigen Krieg aufrecht. Captain Ron Wildermuth, PR-Chef von General Norman Schwarzkopf, befahl seinen Presseoffizieren vor Beginn des Krieges: "Die Vertreter der Medien sind ständig zu eskortieren. Wiederhole: ständig."

"Eingespant wie 2000 Strandesel" Nicht nur wurde ein Teil der Wirklichkeit ausgespart, sondern auch erfunden. Die PR-Agentur Hill & Knowlton lancierte einen Film mit der 15-jährigen Najirah al-Sabah, der Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA. Das Mädchen gab unter Tränen vor, sie habe gesehen, wie irakische Soldaten neugeborene Babys aus ihren Brutkästen gerissen und auf dem kalten Boden hätten sterben lassen. Hill & Knowlton sorgte dafür, dass dieser Film von 700 Fernsehstationen gezeigt wurde. Allein am 10. Oktober sahen ihn 53 Millionen Amerikaner.

Augenzeugen widerlegten nach dem Krieg die frei erfundene Geschichte. "Wir wussten damals nicht, dass es nicht wahr war", rechtfertigte sich später US-General Brent Scowcroft, heute Politlobbyist. "Aber ich glaube, das war am Ende auch nicht so wichtig." Die Baby-Story war immerhin so wichtig, dass Präsident George Bush sie in fünf Reden erwähnte, wie auch sieben Senatoren zur Rechtfertigung einer Pro-Kriegs-Resolution.

Beschämt stellte die britische Journalisten Maggie O'Kane nach dem Krieg im "Guardian" fest: "Wir haben einen lausigen Job gemacht: mit dem Krieg, der Wahrheit und dem Blut. Wir, die Medien, wurden wie 2000 Strandesel eingespant und durch den Sand geleitet, um zu sehen, was das britische und amerikanische Militär uns sehen lassen wollte in diesem schönen sauberen Krieg." Nur durch den Wagemut einiger weniger Journalisten kamen Bruchstücke der Wahrheit ans Licht der Öffentlichkeit. So zum Beispiel die 314 Menschen, die zwei US-Bomben in einem Bagdader Bunker zerschmorten. Oder der Angriff gegen die bereits abziehenden irakischen Truppen auf die Straße nach Basra, wo Tausende Soldaten

umkamen, obwohl sie längst auf der Flucht waren und keine Gegenwehr leisteten.

Friedensforscher wie der Norweger Johan Galtung kritisieren daher seit langem, dass Reporter wie Fallschirmspringer in einen Krieg springen und die Region wieder verlassen, sobald die heiße Phase vorbei ist. Kaum einer blieb nach dem Golfkrieg im Irak, um nach dem Abzug der US-Militärs das wahre Ausmaß der Kriegsfolgen zu beschreiben. Dass Militärs niemals so sauber operieren können wie ein Chirurg im OP, zeigte auch der Kosovo-Krieg. Trotz angeblicher Präzisionswaffen trafen die Bomben der Nato auch Zivilisten. Fehleinschläge wie die auf die chinesische Botschaft in Belgrad nannte der Westen lapidar "Kollateralschäden".

Solche sprachliche Verharmlosung gehört zum Standardarsenal der Militärpropagandisten und soll den Krieg vor den Wählern daheim rechtfertigen. "Wir führen keinen Krieg", sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder am ersten Tag der Nato-Luftangriffe.

Und auch jetzt in Afghanistan scheuen sich Politiker und Militärs, das unschöne Wort in den Mund zu nehmen. Sie reden lieber von Gegenschlägen und Vergeltung, obwohl sie wahrscheinlich noch nie der Unterstützung in der Bevölkerung so sicher sein konnten wie nach den Terroranschlägen gegen die USA. Und obwohl es für Journalisten noch nie so schwierig war, der Wirklichkeit auf den Grund zu gehen. Anders als vor zehn Jahren in Bagdad gibt es diesmal kein Hotel El Raschid, von dessen Dach die Reporter dem Krieg zuschauen können.

So kann niemand überprüfen, ob in Afghanistan wirklich schon seit längerem Soldaten der britischen Spezialeinheit SAS operieren, wie eines der vielen lancierten Gerüchte lautet. Oder ob die Behauptungen stimmen, die Taliban-Opposition der Nordallianz erhalte von Russen und anderen große Mengen moderner Waffen. Selbst die Taliban und Osama Bin Laden benutzen die westlichen Medien für ihre Propaganda-Botschaften.

Für das "Kriegshandwerk" gilt unverändert, was schon Bismarck vor über hundert Jahren feststellte: "Es wird nie so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd."

SPIEGEL ONLINE - 08. Oktober 2001

Kriegsberichterstattung

“Das ist Propaganda”

Der amerikanische Publizist John MacArthur über die PR-Strategien des US-Militärs in Krisenzeiten und den Patriotismus der amerikanischen Medien

MacArthur, 45, ist Herausgeber des amerikanischen Intellektuellen-Magazins "Harper's Magazine".

SPIEGEL: In Ihrem Buch "Die Schlacht der Lügen" haben Sie die Berichterstattung über den

Golfkrieg scharf kritisiert. Wie gehen die amerikanischen Medien mit dem aktuellen Konflikt um?

MacArthur: Die Berichterstattung über die Anschläge selbst war gut und sehr professionell. Jetzt erleben wir allerdings gerade einen völlig überhitzten Patriotismus. Bekannte Journalisten haben öffentlich erklärt, dass sie die Regierung und den Präsidenten in dieser Situation nicht kritisieren werden. Selbst seriöse Blätter versteigen sich dazu, abweichende Stimmen und Kritik am Handeln unserer Regierung als "unmoralisch" zu bezeichnen. Dan Rather, einer unserer bekanntesten Nachrichtensprecher, hat gesagt: "George Bush ist der Präsident. Und wenn er mich zur Pflicht ruft, ich bin bereit." Unsere Medien sind voll von diesem Geist.

SPIEGEL: Sie befinden sich aber auch in einer Sondersituation - anders als die Iraker mit ihrem Überfall auf Kuwait vor elf Jahren haben die Terroranschläge mitten ins Herz Amerikas getroffen.

MacArthur: Genau deshalb brauchen wir im Moment eigentlich nichts mehr als klare Analysen, abweichende Stimmen und eine breite Diskussion darüber, was zu tun ist. Statt dessen überbieten sich unsere Journalisten darin, jede noch so durchschnittliche Rede unseres Präsidenten zu bejubeln. Zwei Reporter kleinerer Zeitungen wurden sogar gefeuert, weil sie es gewagt haben, Bush zu kritisieren. Das ist eine Blamage für die amerikanischen Medien, sie machen gerade Propaganda, keinen Journalismus.

SPIEGEL: In Ihrem Buch beschreiben Sie, wie die US-Regierung den Golfkrieg mit PR-Methoden "verkaufte". Wird sich das wiederholen?

MacArthur: Es hat längst begonnen. Von Beginn an wurde die Krise als Krieg definiert, von der Bush-Regierung wie von den Medien. Auch dort sind die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon sofort als kriegerische Akte bezeichnet worden, nicht als Verbrechen. Die Bush-Regierung hat die Erwartung der amerikanischen Öffentlichkeit mit der Kriegs-Rhetorik so hoch getrieben, dass sie jetzt dringend die entsprechenden Bilder braucht.

SPIEGEL: Woher sollen die kommen? Das Pentagon hat bereits angekündigt, diesmal keine Journalisten bei Kampfhandlungen zuzulassen.

MacArthur: Das Militär wird den Journalismus machen. Wie schon am Golf wird das Pentagon die Bilder aussuchen und Erfolgsmeldungen von präzise zerstörten Gebäuden und von getöteten oder gefangen genommenen Terroristen verbreiten - und niemand wird überprüfen können, ob diese Informationen zutreffen oder nicht.

SPIEGEL: Nach dem Golfkrieg haben sich Pentagon und Medien auf neue Regeln für die Berichterstattung verständigt, die so genannten Ground-Rules. Danach muss das Militär Journalisten Zugang gewähren.

MacArthur: Das ist längst Makulatur. Nach allem, was wir bisher wissen, wird es diesmal noch deutlich schwieriger als am Golf. Damals war es zumindest ausgewählten Medienvertretern gestattet, aus so genannten Pools von einzelnen, ausgewählten Frontabschnitten zu berichten. Diesmal wird es keine unabhängigen Zeugen geben. Präsident Bush hat gesagt, dass viele unserer Siege unsichtbar bleiben werden. Das heißt natürlich im Umkehrschluss, dass vor allem niemand etwas über unsere Niederlagen und Fehler erfährt.

SPIEGEL: Die Militärs argumentieren, die Sicherheit der Journalisten könne nicht gewährleistet werden, und sie könnten militärische Geheimnisse verraten.

MacArthur: Das ist doch ein großer Mythos: Keiner der amerikanischen Reporter, die mit den Green Berets in Vietnam unterwegs waren, hat je militärische Geheimnisse preisgegeben oder das Leben amerikanischer Soldaten gefährdet. Auf der anderen Seite ist es in einer Demokratie aber essenziell, dass die Öffentlichkeit durch die Medien erfährt, was Politiker und Militärs in ihrem Namen tun. Das ist auch ein Schutz für die Soldaten selbst: Wenn sie von inkompetenten Befehlshabern kommandiert werden, müssen die Wähler das erfahren.

SPIEGEL: Sie behaupten in Ihrem Buch, die Medien hätten der Kriegsberichterstattung ein "sorgfältiges Styling" und ein ästhetisierendes Design verpasst. Beobachten Sie derzeit Ähnliches?

MacArthur: Absolut. Es wird ein Krieg der Logos und Symbole, das ist er ja schon jetzt: Die Sender überbieten sich mit Etiketten wie "Krieg dem Terrorismus", "Amerika im Krieg", "Amerika schlägt zurück" etc. Und diese Logos und Symbole werden schon deshalb immer wichtiger, weil es eben keine wirklichen Informationen geben wird.

SPIEGEL: Wie kommen Ihre Einwände in den USA an?

MacArthur: Es ist derzeit nicht einmal erlaubt, die Wortwahl "Krieg gegen den Terrorismus" in Frage zu stellen. Schon das gilt als unpatriotisch. Ich habe kürzlich kritisiert, dass Fox und CNN seit den Terroranschlägen ständig eine amerikanische Flagge auf dem Bildschirm zeigen - schließlich handelt es sich ja eigentlich nicht um Regierungsorgane. Ich habe also vorgeschlagen, die Flagge durch die "Bill of Rights" zu ersetzen. Am nächsten Tag bekam ich mindestens 100 E-Mails der Art: Schade, dass Sie am 11. September nicht im World Trade Center waren.

INTERVIEW: MARCEL ROSENBACH

Wir werden lügen

Der Informationskrieg der Vereinigten Staaten gegen Afghanistan ist in der Phase der Mobilmachung

Von Holger Ehling und Gerti Schön (Frankfurter Rundschau v. 26.09.2001)

Informationskrieg lautet das Wort der Stunde, und die Bush-Regierung rüstet sich dafür. Ein erster Hinweis darauf ist die Zensur eines geplanten Taliban-Interviews im Radiosender "Voice of America". Der von der US-Regierung finanzierte Sender hatte eine Stellungnahme des Taliban-Führers Mullah Mohammed Omar ausstrahlen wollen. Das Gespräch sollte Teil eines vierminütigen Beitrags zu den Reaktionen auf die Kongress-Rede des US-Präsidenten sein. Nach Intervention des stellvertretenden US-Außenministers Richard Armitage wurde das Interview nicht gesendet. Ein Sprecher des State Department sagte, Mullah Omars Worte gehörten nicht in "unser Radio".

Den Gegner eines möglichen Krieges zu Wort kommen zu lassen, passt offensichtlich nicht zur Informations-Strategie der Bush-Administration. Dabei war es nichts Neues, was Mullah Omar sagte. Er bekräftigte lediglich die Haltung der Taliban, den mutmaßlich Verantwortlichen für die Terroranschläge in New York und Washington, Osama bin Laden, nicht auszuliefern, solange keine Beweise für seine Schuld vorliegen. Er hatte hinzugefügt, die USA hätten den Terror durch ihre Außenpolitik selbst provoziert. Er forderte die US-Regierung auf, von ihrem "Kreuzzug" gegen den Islam abzulassen, ihre Außenpolitik zu überdenken und nicht zu versuchen, ihre Sicht der Welt allen anderen aufzudrängen.

Militärschläge im Fernsehen

Der Informationskrieg ist längst in der Phase der Mobilmachung. Spätestens seitdem Präsident George W. Bush in der vergangenen Woche in seiner Rede an die Nation sagte, es werde "dramatische Militärschläge geben, die man im Fernsehen sehen wird, und verdeckte Aktionen, die selbst im Erfolgsfall geheim bleiben werden", hat bei den Medienwächter der Nation Alarmstufe Rot eingesetzt. Der Medienkommentator der *Washington Post* Howard Kurtz berichtete, ein ungenannter Vertreter der Militärs habe angekündigt, wie wichtig "die Intensität an Informationen" für die USA sei. "Wir werden über bestimmte Dinge lügen. Wenn dies ein Informationskrieg ist, dann werden die bösen Jungs mit Sicherheit lügen."

Viele US-Reporter äußern für die Vorsicht der Regierung auch vor laufenden Kameras Verständnis. Schließlich gehe es um Fragen der nationalen Sicherheit. Für den CBS-Nachrichtenmoderator Dan Rather zählt Patriotismus mehr als alles andere. In

der David-Letterman-Show bekannte der Altstar offen, er würde alles tun, worum ihn sein Präsident bitte.

Das erste Opfer eines Krieges ist immer die Wahrheit, sagt eine alte journalistische Weisheit. Zuletzt während des Golfkrieges gegen Saddam Hussein 1991 häufig gebraucht, gehört dieser Satz in diesen Tagen wieder zum Standardrepertoire amerikanischen Medienkritiker. Die Administration von George W. Bush scheint keine Skrupel zu haben, im Zuge ihres Kampfs gegen den internationalen Terror kritische Meinungen zum Schweigen zu bringen.

Bei Michael Getler, der als Ombudsmann bei der *Washington Post* die Qualität der Zeitung im Auftrag der Leser im Auge behält, klingeln die Alarmglocken. Getler war schon vor zehn Jahren ein Kritiker der Zensur während des Golfkrieges gewesen und ahnt nichts Gutes: "Während sich die Nation auf den Krieg vorbereitet, steht die Presse vor dem wahrscheinlich ernstesten und grundsätzlichen Testlauf, was ihre Mission in einer freien Gesellschaft angeht", orakelt er dunkel in seiner montäglichen Kolumne.

Noch ist nicht einmal klar, wie weit die Regierung Journalisten vorlassen wird. Hieß es anfänglich noch, dass überhaupt keine Reporter die Kampfhandlungen begleiten dürften, erklärte das Pentagon jetzt, es gebe Pläne für eine Regelung wie im Golfkrieg. Damals wurde von den so genannten Poolreportern, eine Gruppe von Journalisten der wichtigsten US-Medien, jeweils einer zu den militärischen Aktionen zugelassen, der die Informationen dann an die anderen weitergeben musste. Alle Berichte wurden vor der Veröffentlichung zensiert.

Organisationen wie das Center for Public Integrity (www.public-i.org) in Washington weisen darauf hin, dass die USA über die vergangenen zehn Jahre "verstörende Muster" in der Informationspolitik während kriegerischer Auseinandersetzungen praktiziert haben. Dabei wurde dies bis zum Einmarsch amerikanischer Truppen in Grenada 1983 anders gehandhabt. Im Zweiten Weltkrieg, wie auch während des Kriegs in Korea und Vietnam, konnten Reporter weitgehend ungehindert recherchieren. Das führte in der Folge dazu, dass die Presse beschuldigt wurde, sie habe durch ihre demotivierenden Berichte zum Verfall der Truppenmoral und schließlich zur Niederlage in Vietnam beigetragen.

Doch die Nachrichtenorganisationen sorgen bereits für den Fall vor, dass sie völlig auf sich selbst angewiesen sind. CNN hat, nach der Ausweisung sei-

nes letzten Reporters in Taliban-kontrolliertem Gebiet in der vergangenen Woche, einen satellitengesteuerten Übertragungsstandort im Norden Afghanistans aufgebaut, der im Territorium der oppositionellen Nord-Allianz liegt. Doch die dort stationierten drei Teams können nur hoffen, dass es auch etwas von dort zu berichten gibt, weiß doch keine Zeitung und keine Fernsehstation, wo genau die Militäraktionen stattfinden werden.

CNN hat weitere 75 Reporter in 17 verschiedenen Ländern von Jemen bis Tadschikistan auf die Story angesetzt. Die Nachrichtenagentur Associated Press kann auf Dutzende von Mitarbeitern innerhalb und außerhalb Afghanistans zurückgreifen, sogar NBC hat auf die Kritik, in den vergangenen Jahren kaum Auslandsberichte gebracht zu haben, reagiert und rund 50 Reporter in die Umgebung geschickt.

Tom Wolzien, Analyst bei dem Forschungsinstitut Sanford Bernstein, prophezeit gar, dass das Networks künftig wieder mehr Geld in ihre Auslandsberichterstattung stecken müssten, das in den vergangenen 15 Jahren rigide gekürzt worden ist. Seiner Ansicht nach müssten sie ihre Nachrichtenbudgets, die pro Network bei rund 400 Millionen Dollar jährlich liegen, um ein Drittel erhöhen. Marcy McGinnis, Vizepräsidentin der CBS-Nachrichten, sagt gegenüber dem Fachmagazin *Broadcasting & Cable*: "Wir werden nie genug Geld für eine Geschichte mit derartigen Dimensionen haben. Man muss es einfach machen. Niemand wird hinterher sagen, es war falsch."

Ob Geld allein jedoch ausreichen wird, um verlorenes Terrain wieder gutzumachen, ist fraglich. Danny Schechter, Gründer der medienkritischen Internetseite *mediachannel.org* weist darauf hin, dass die Networks ihre Nachwuchstalente früher kaum auf Auslandsberichterstattung angesetzt haben und ihnen daher komplexes Hintergrundwissen fehle. "Die Journalisten sind selbst nicht besonders gut informiert", sagt er. "Sie sehen dies als patriotische Mission. Das Land wurde angegriffen, Menschen wur-

den getötet und sie sind sehr verstört darüber. Die Objektivität kann da sehr darunter leiden."

Obwohl über jede Art der Manipulation unter anderem auf Hochschul-Webseiten wie *poyn-ter.org/medianews* auch sofort diskutiert wird, erregt es dennoch Unbehagen, wie häufig solche Versuche schon jetzt vorkommen. In der ABC-Talkshow *Politically Incorrect* hatte beispielsweise der Moderator Bill Maher darauf hingewiesen, dass man die Attentäter selbst nicht unbedingt als Feiglinge bezeichnen könne. Feige wäre es vielmehr, wenn die USA "aus 2000 Meilen Entfernung" nun Zivilisten in Afghanistan bombardieren würden. Dieser Bemerkung folgte nicht nur ein Sturm der Entrüstung. Zwei der Werbetreibenden, der Kurierdienst FedEx und die Automarke Sears, zogen daraufhin ihre Werbespots zurück. Der Moderator entschuldigte sich umgehend.

Nur noch Platz für Mainstream

"Es besteht eine Menge Druck auf die Journalisten, bestimmte Positionen zu vertreten, und Ansichten, die nicht zum Mainstream passen, bekommen nicht viel Platz in den Medien", sagt Schechter, der auf seine eigenen Kolumnen vorwurfsvolle E-Mails erhält. Eine Friedensdemonstration auf dem New Yorker Union Square mit rund 3000 Teilnehmern wurde zum Beispiel von den Medien kaum beachtet. "Dies ist eine kleine, feine Minderheit, aber ihre Stimmen werden nicht gehört", resümiert Schechter. "Leute, die eine andere Meinung haben, werden behandelt wie Verräter."

Der Informationskrieg hat begonnen: "Wir waren nicht der Überzeugung, dass der amerikanische Steuerzahler, Voice of America, die Stimme der Taliban ausstrahlen sollte", sagte der Sprecher des US-Außenministeriums zur Zensur des "Voice of America"-Interviews. Auf die Frage, ob der Sender denn ein Gespräch mit dem gesuchten mutmaßlichen Terroristen Osama bin Laden ausstrahlen würde, sagte er: "Wenn er etwas von Neuigkeitswert sagen will, wo er sich stellen möchte, wäre das in Ordnung."

Schill und Schily Hand in Hand

Reimar Paul, Junge Welt v. 09.10.2001

Rechtsanwalt Rolf Gössner sieht Bürgerrechte durch Anti-Terror-Maßnahmen bedroht

Der Bremer Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner hat vor einem »Durchmarsch des autoritären Sicherheitsstaates« gewarnt. Viele der in Deutschland beschlossenen und angekündigten Anti-Terror-Maßnahmen bedrohten die Bürgerrechte und liberalrechtsstaatliche Strukturen »in ihrer Substanz«, erklärte Gössner am Wochenende.

Die staatlichen Reaktionen auf die Terroranschläge könnten wesentlich größeren Schaden an Demokratie, Freiheit und Bürgerrechten anrichten als die Attentate selbst, sagte Gössner. Neben sinnvollen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus planten Sicherheitspolitiker im Bund und in den Ländern auch eine Reihe »prekärer Schritte«. Dazu zählten die Ausweitung der Anti-Terror-Gesetze, Regelanfragen an den Verfassungsschutz bei Ein-

bürgerung und Asylsuchenden, Fingerabdrücke im Paß sowie Lockerungen beim Datenschutz.

Mit der Aufweichung des Gebotes der Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei, zwischen Polizei und Militär drohe eine Machtkonzentration, die demokratisch kaum noch zu kontrollieren sei. »Es scheint, als befänden wir uns in einem nicht erklärten Ausnahmezustand«, so Gössner.

Nennenswerten Protest gegen den »Sicherheitsaktionismus« hat Gössner nicht festgestellt. Es gebe bislang nur vereinzelte kritische Stellungnahmen von Datenschutzbeauftragten und Bürgerrechtsorganisationen. In der aufgeheizten Debatte scheine eine differenzierte Beurteilung offenbar nur wenig gefragt.

»Es ist den Preis wert«

Von Edward S. Herman (junge Welt v. 29.09.2001)

Versuchen Sie, sich einmal vorzustellen, wie die Mainstream-Medien der USA und Intellektuelle darauf reagieren würden, wenn sich herausstellen würde, daß bei einem frühen Planungstreffen der Terroristen, die für die Anschläge auf das Welthandelszentrum und das Pentagon verantwortlich sind, sich die Frage gestellt hätte, ob der »Kollateralschaden« von möglicherweise Tausenden toten Zivilisten nicht ziemlich übertrieben wäre, aber daß die Angelegenheit erledigt gewesen sei, als ihr Anführer antwortete: »Wir glauben, es ist den Preis wert«?...

Wären die Mainstream-Medien und Intellektuellen nicht voll wilder Entrüstung über das inhumane Denken des »kaltblütigen Kalküls« der Terroristen? Würden sie nicht wie aus einem Munde antworten, daß es absolut unmoralisch, böse, und per se nicht zu verteidigen sei, für eine politische Aussage eine riesige Zahl von Zivilisten zu töten. Und würde nicht auch darauf gepocht werden, daß es unmoralisch und unerhört sei, überhaupt von einem »gerechten Antrieb« zu sprechen oder die Terrorattaken so wie sie in New York und Washington geschehen sind, in irgendeiner anderen Form zu legitimieren? Daß die einzige Frage in so einem Fall von Gewalt »Wer«, und nicht »Warum« ist? (Diese letzten zwei Sätze sind Formulierungen aus der erregten Argumentation eines amerikanischen liberalen Historikers.) Und tatsächlich, die US-Meinungsführer haben es durch die Bank abgelehnt, über das »Warum« zu reden, abgesehen von oberflächlichen Behauptungen, der Feind sei irrational, hasse Demokratie, usw.

Wenn wir uns jetzt der tatsächlichen Verwendung von »Es ist den Preis wert« zuwenden, kommen wir zu der Antwort, die US-Außenministerin Madeleine Albright in der Fernsehshow »60 Minuten« am 12. Mai 1996 Lesley Stahl gegeben hat: Stahl: »Wir

Gössner, der auch als parlamentarischer Berater für Grüne und PDS tätig ist und zahlreiche Bücher zum Themenkomplex Geheimdienste und Polizei veröffentlicht hat, rief Bürger- und Menschenrechtsgruppen zum Widerstand gegen die »rechtspopulistische Instrumentalisierung« der Terroranschläge und die »Arroganz von Machtstrategen wie Schill & Schily« auf. Dabei reiche es nicht aus, die so genannten »Anti-Terror-Pakete« pauschal als bürgerrechtswidrig abzulehnen. Es gehe vielmehr um eine differenzierte Bewertung der einzelnen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Bürgerrechtsverträglichkeit wie auch ihrer Erforderlichkeit.

haben gehört, daß eine halbe Million Kinder gestorben sind (wegen der Sanktionen gegen den Irak). Ich meine, das sind mehr Kinder, als in Hiroshima umkamen. Und - sagen Sie, ist es den Preis wert?« Albright: »Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis - wir glauben, es ist den Preis wert.«

Wie auch immer, in diesem Fall, obwohl die Anzahl der Toten hirnzersetzend ist, war Albright's Rationalisierung dieses Massenmordes für die Mainstream-Medien und Intellektuelle in keiner Weise von Interesse. Der Satz wurde in den führenden Medien kaum zitiert, und es gab keinen Aufschrei oder auch nur den Einwand, daß der Massenmord an Kindern, um irgendwelche politischen Ziele zu erreichen, unmoralisch und erschütternd sei.

Seit den Morgenstunden am Dienstag den 11. September waren die toten Zivilisten bei den Terrorangriffen auf das Welthandelszentrum/Pentagon Objekt der intensivsten und detailliertesten und emotionalisiertesten Aufmerksamkeit, sie haben das Leiden klar und dramatisch gemacht und das Gefühl der Empörung genährt. Im Gegensatz dazu sind die Hunderttausenden toten Kinder im Irak so gut wie unsichtbar, ihr Leiden und Sterben ist außerhalb des Blickfeldes...

Das »Wer« im Falle des irakischen Massensterbens ist klar - in überwältigendem Maß die amerikanische und britische Führung - aber das »Wer« ist wegen der Art der Antwort auf das »Warum« hier irrelevant. Dieses »Warum« wird impliziert. Madeleine Albright sagte, daß es die Toten wert sind, weil die US-Politik sich darauf geeinigt hat - und indem Albright sagt, das ist »Warum«, ist die Sache für die Medien gegessen.

Das reflektiert die Arbeit eines souveränen Propaganda-Systems. Die US-Regierung findet, daß der Massentod von irakischen Kindern »es wert« ist,

die Medien lassen das Schicksal dieser »wertlosen Opfer« im schwarzen Loch verschwinden und erlauben dadurch die unbehinderte Fortführung dieser Politik. Sind die Vereinigten Staaten selbst das Opfer des Terrorismus, tritt der umgekehrte Prozeß in Kraft: bei diesen »ultra-wertvollen« Opfern inszenieren die Medien deren Leiden und Tod ausführlich und interessieren sich nicht für die tieferen Gründe, sondern nur dafür, »wer« es getan hat; sie rühren die Kriegstrommel unermüdlich und schieben die regressivsten Kräfte im Land ins Rampenlicht, machen damit Gewalt und Repression zu den wahr-

scheinlichsten Früchten ihrer Arbeit. Aber sie werden Zeitungen verkaufen, ihre Quoten verbessern, das »nationale Interesse« unterstützen, und den Rechten beweisen, daß sie echte Amerikaner sind.

(Übersetzung: Markus Reichert)

Der Text wurde redaktionell gekürzt. Das Original im Internet:

www.zena.secureforum.com/Znet/hermanworthit.htm

Der Preis der Lüge - oder: Die Schatten der Geschichte

Von Gabriele Gillen

Ein Essay für WDR 5 - Neugier genügt
Sendedatum: 14. September 2001 10:40 Uhr

Beginnen wir mit einem einfachen Gedanken:

Ein Verbrechen gegen ein menschliches Wesen steht einem anderen Verbrechen gegen ein menschliches Wesen in nichts nach. Ein Mensch ist so viel wert wie ein anderer. Denn:

„Alle Menschen sind gleich geschaffen“, so steht es auch in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und die Vereinten Nationen beginnen ihre „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, die nun schon älter als 50 Jahre ist, mit der feierlichen Formulierung von der „Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte“ - eine Anerkennung, die die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden bilde.

Schauen wir uns um auf der Welt:

Nein, die Menschen sind nicht gleich. Gleich geboren, aber nicht gleich ernährt; gleichermaßen würdig, aber nicht gleichermaßen geschützt; gleichberechtigt, aber nicht gleich behandelt... Wer hungert, wird eben nicht satt. Wer zwischen Folterkellern lebt, lebt in der täglichen Angst um seine Haut. Wer verfolgt wird, kann sich kein Wohnzimmer einrichten. Wer keine Macht hat, ist ohnmächtig. Und wer sich verachtet fühlt, lernt den Hass.

Alle Menschen sind gleich.

Aber erleben wir ein Massaker an Afrikanern oder Arabern als die gleiche Katastrophe wie ein Massaker an Europäern oder US-Amerikanern? Ist es nicht so, dass wir dort in Afrika oder im Nahen Osten den rohen Umgang miteinander beinahe für normal halten? Doch würden wir es verstehen, wenn ein Afrikaner

oder ein Palästinenser ein Blutbad in Europa oder in den USA schlicht für das selbstverständliche Produkt einer Zivilisation hielte, die Auschwitz oder Hiroshima hervorgebracht hat?

Der Umfang und die Heftigkeit der Anschläge gegen die USA mögen überraschend gewesen sein, doch überrascht es auch, dass die USA in diesen Zeiten das Opfer von gewalttätigen Attacken wird? Muss es uns wundern, dass in den durch Kriege und Armut und Umweltzerstörung verwüsteten Teilen der Erde nach einfachen Lösungen gerufen wird, nach Rache? Wollen wir nicht begreifen, dass der Terror nicht nur eine bössartige, sondern auch eine verzweifelte Antwort auf die Aufteilung der Welt in Arm und Reich, in Sklaven und Herrscher ist?

Alle Menschen sind gleich.

Doch die Geschichte der Eroberung Amerikas ist bis heute eine lange blutige Geschichte über die Missachtung von Menschenrechten und den Missbrauch von Macht: Die Ausrottung der Indianer, die Unterdrückung der Schwarzen, Hiroshima und Vietnam, Chile und der Nahe Osten, die Verweigerung von Schuldenerlassen oder Umweltauflagen. Überall auf der Welt leben Menschen in einer Situation der permanenten Demütigung und des ökonomischen Desasters. Und überall mischen die USA mit - selbstlegitimiert durch die vermeintliche Verteidigung der Freiheit, aber in Wahrheit immer auf der Seite des Geldes und besessen von der Durchsetzung des eigenen Werte- und Wirtschaftssystems. Die Verbrechen der Macht stehen in nichts den Verbrechen der Ohnmacht nach.

Worum weinen wir in diesen Tagen? Für wen oder was legen wir Gedenkminuten ein, feiern wir Trauergottesdienste, sagen wir Gartenpartys, Sportveranstaltungen und Haushaltsdebatten ab? Warum unterbrechen wir Wahlkämpfe und warum legen wir gedämpfte Musik auf die Plattenteller der Rundfunkanstalten? Trauen wir tatsächlich um die Toten in den USA? Doch wann haben wir je in dieser Form auf die Bombardierungen von kurdischen Dörfern, auf das Massensterben im hungernden Afrika, auf die Erschießung von palästinensischen Kindern reagiert? Auf das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, auf das Gemetzel der Taliban in Afghanistan, auf die durch Selbstmordattentäter zerfetzten Menschen in Jerusalem?

Oder auf den Völkermord in Ruanda 1994, bei dem eine Million Frauen, Männer und Kinder ermordet wurden. Die gerade jetzt so viel beschworene Menschenverachtung erleben wir schließlich Tag für Tag. Was erschüttert uns also so in diesen Tagen?

Die Ahnung, dass die Spirale aus Gewalt und Gegengewalt immer seltener vor den Türen der „Ersten Welt“ halt machen wird? Das plötzliche Wissen um die Zerbrechlichkeit unserer mit Beton und Konsum und Seifenopern von Elend und realer Verzweiflung abgeschirmten Welt?

Oder erschüttert uns vielleicht auch die Erkenntnis, dass unsere sogenannte Zivilisation auf einer Lüge aufgebaut ist; dass wir unsere Hände nicht länger in Unschuld waschen können; dass das World Trade Center und das Pentagon nicht nur für Tausende von unschuldigen Opfern, sondern auch für Tausende von Tätern stehen, die Kriege inszenieren, Waffen verkaufen und Hungersnöte in Kauf nehmen, wenn es den Börsenkursen dient?

Die terroristischen Anschläge in den USA ein Menektekel, eine Unheil kündende Prophezeiung? Doch wem oder was sagt die mit Flammen und Rauchzeichen in den Himmel geschriebene Geisterschrift dieses Mal ihren Untergang voraus? Der letzten Großmacht USA oder der zügellosen Gewalt des Geldes? Was können wir erkennen im globalen Nebel zu Beginn des 3. Jahrtausends?

Trotz der pausenlosen Wiederholung dieser Floskel in den vergangenen Tagen - es stimmt nicht, dass sich die Welt durch den Zusammenbruch des World Trade Centers verändert hat.

Verändert hat sich die Silhouette von New York. Ansonsten ist die Welt die gleiche geblieben. Überall Probleme, für die niemand eine Lösung hat oder auch nur zu haben vorgibt. Die selben Kriege, der selbe Hunger, die selbe Hoffnungslosigkeit...

Die dramatischen Anschläge in den USA verändern nichts, sie zeigen nur, dass immer aufgefällere Waffensysteme im Besitz der Nato oder anderer Staaten immer ausgefeiltere Terroraktionen bedingen. Die Kriegserklärung gegen die USA hat eine Vorgeschichte. Denn Terroraktionen dieser Art entstehen auf einem politischen, sozialen und ideologischen Nährboden, in einem Klima aus Hass und Intoleranz

und Rassismus. Wenn Bundeskanzler Schröder nun von einer „Kriegserklärung an die gesamte zivilisierte Welt“ spricht, schreibt er die Spaltung der Welt schon wieder fort. Wer nicht zu uns gehört, ist also unzivilisiert.

Nein, die Welt hat sich nicht verändert. Sie ist leider genau so wie zuvor. Meistens jedoch sterben die Menschen stiller und nicht so spektakulär.

Ich stehe, trotz aller Beschwörungen der Anständigen, nicht auf der Seite von Amerika und ich empfinde die grausamen Terroranschläge auch nicht als einen Anschlag auf mein moralisches Wertesystem. Ich halte die USA nicht für eine Demokratie und ihre Regierung nicht für eine Hüterin der Menschenrechte, nicht für moralisch legitimiert, moralische Urteile zu fällen.

Aber ich trauere um die Toten in New York und Washington - so wie um die zivilen Opfer im Kosovo-Krieg oder die verbrannten Flüchtlinge in deutschen Asylbewerberheimen...

Wenn wir aber in Deutschland die Musterschüler im symbolischen Trauern mimen wollen, dann bin ich dafür, alle Sportveranstaltungen und Oktoberfeste und Messe-Galas abzusagen bis zu jenem Tag, an dem es Gerechtigkeit gibt auf der Welt. Und bis zur Einlösung der UNO-Erklärung zu den Menschenrechten plädiere ich auch für die dauerhafte Unterbrechung von inhaltsleeren Wahlkämpfen und für tägliche Gedenkminuten.

Ohne Gerechtigkeit keine Sicherheit. Nicht noch mehr Waffen, nicht noch mehr Sicherheitskontrollen, nicht noch mehr Mauern gegen die Armut und das Fremde machen die Welt und unser Leben sicherer, sondern sozialer und ökonomischer Ausgleich, der entschiedene und demokratische Kampf gegen die Verwüstungen des Kapitals, Toleranz und Kultur...

Auch wir hier in den Medien sind gefordert. Wir müssen die Täter und die Zusammenhänge beim Namen nennen: Wer profitiert von Massenentlassungen oder Hungersnöten, wer verweigert des Profites wegen welche Medikamente für Afrika, wer hat die Albaner in Mazedonien eigentlich bewaffnet - und wer die Gefolgsleute des Terroristen Bin Laden? Waren das nicht die Deutschen und die USA? Wir müssen uns der Propaganda und der freiwilligen Gedankengleichschaltung entziehen. Und schon jetzt unsere Stimmen gegen einen drohenden Krieg erheben. Und dagegen, dass die USA gemeinsam mit ihren Verbündeten hinter der Pose der Betroffenheit und auf der Suche nach Schuldigen gegen jeden vorgehen, der berechtigt gegen die politische Dominanz der USA kämpft.

Wie könnten wir besser der vielen Toten gedenken, der zahllosen Opfer von sinnloser Gewalt und gezieltem Terror, als mit dem gemeinsamen Bemühen darum, dass sich die Welt tatsächlich ändert?!

© 2001 Westdeutscher Rundfunk